

Arbeitsfassung für Prokla 1/2003: Krise der Gewerkschaften

Gewerkschaftssterben, Deregulierung, Paramilitarismus - über den Zusammenhang zwischen neoliberaler Politik und der Zerschlagung von Gewerkschaften in Kolumbien

‚Krise der Gewerkschaften‘ – bei einem Blick ins Bücherregal fällt mir die Prokla 30 in die Hände. Auf der Rückseite entdecke ich die Anzeige des *Kritischen Gewerkschaftsjahrbuchs 1977/78*: „Krise gewerkschaftlicher Politik“. Die Fragestellung scheint also schon ein wenig älter zu sein. Bei solchen Debatten-Stereotypen besteht jedoch das Problem darin, dass man sich bei dem verwendeten Begriff nicht mehr darüber verständigt, was mit ‚Krise‘ eigentlich gemeint ist. Woran macht sich die Krise der Gewerkschaften fest? An niedrigen Mitgliederzahlen oder der Kooptation von Bürokratien im Rahmen der Sozialpartnerschaft? An der Bewegungslosigkeit von beeindruckenden Großgewerkschaften oder an der Konkurrenz kleinerer, aber dafür politischerer Gewerkschaften, die uneinheitlich vorgehen, aber dafür Bewegungen mitinitiiieren und gesellschaftspolitische Prozesse in Gang setzen können? Von den meisten DGB-Funktionären dürfte die Krise wohl vor allem als Verlust von Verhandlungsmacht in den Zeiten neoliberaler Deregulierung wahrgenommen werden. Für Gewerkschaftsoppositionelle wie die Aktivisten der Bayer-Liste in Wuppertal, die Anfang der 80er Jahre auf schmutzigste Weise aus der IG Chemie geworfen wurden, dürfte die Krise der deutschen Gewerkschaften hingegen zu einem ganz anderen Zeitpunkt begonnen haben.

Man kann den Begriff der Krise im Zusammenhang von Bewegungen und sozialen Organisationen also wohl kaum verwenden, ohne transparent zu machen, in Verhältnis zu welchem Ziel man negative Veränderungen oder eine Stagnation ausmacht. Deshalb vorweg: In diesem Text verstehe ich ‚Krise‘ v. a. als existenzielles Problem. Sie beschreibt die Verdrängung gewerkschaftlicher Organisation im Allgemeinen und die Eliminierung gewerkschaftslinker bzw. regierungsoptioneller Positionen im Besonderen. In dem südamerikanischen Land – man muss es so dramatisch ausdrücken – findet seit Ende der 80er Jahre ein regle rechter Vernichtungsfeldzug gegen Gewerkschaften statt. Verantwortlich dafür sind, wie gezeigt werden soll, Reformen im Arbeitsrecht, staatliche Kriminalisierungspolitik und eine Mordkampagne, die auf der Welt ihresgleichen sucht. Allein 2001 wurden nach Angaben der ICFTU (2002) über 200 Gewerkschafter in Kolumbien ermordet, die meisten von ihnen von rechten Todesschwadronen (vgl. Pérez / Colectivo de Abogados 2002). Das US State Department (2002), gewerkschaftsfreundlicher Übertreibungen sicherlich unverdächtig, geht davon aus, dass seit 1991 insgesamt 1600 Gewerkschafter in Kolumbien getötet und 60 Prozent der Morde an Gewerkschaftern weltweit in dem südamerikanischen Land verübt wurden. Dabei bilden Mordfälle nur die Speerspitze der Angriffe. Die jesuitennahe Forschungseinrichtung CINEP hat im Jahr 2000 277 Angriffe auf Gewerkschaftsführer und 870 Angriffe auf –mitglieder gezählt (NoticiasAliadas.Org 2002). Gewerkschaftliche Aktivität ist, v. a. wenn sie Privatisierungsprojekte behindert oder klassenkämpferische Positionen vertritt, zu einem Ticket in den Tod geworden. Oder wie es Kolumbianer ironisch ausdrücken: „Geh lieber zur Guerilla. Das ist ungefährlicher.“

Umso erstaunlicher ist, dass in der wissenschaftlichen Literatur über die kolumbianische Gewerkschaftsbewegung der Paramilitarismus nur am Rande auftaucht. Die meisten Autoren reduzieren das Problem der Morde auf die allgemein herrschende Gewaltsituation im Land. Eine Untersuchung von Interessen und Akteuren im ‚schmutzigen Krieg‘ wird unterlassen. Rainer Dombos beispielsweise nimmt das Problem im Gegensatz zu vielen kolumbianischen Autoren zwar immerhin noch wahr, belässt es jedoch bei einigen lapidaren Nebenbemerkungen (1999, S.321): „Im übrigen sind die Wirkungen des schmutzigen Kriegs auf das politische Klima in den Arbeitsbeziehungen nicht zu unterschätzen. Die Gewalt (...) hat nicht nur eine lange Blutspur ermordeter Gewerkschafter hinterlassen, sondern auch zu Polarisierung, Misstrauen, Blockaden und gewalttätigen Lösungen in den Arbeitsbeziehungen geführt.“¹ Etwas deutlicher wird er in einem für deutsche Leser

¹ Übertragung aus dem Spanischen von mir.

verfassten Aufsatz (1997, S. 272f): „Viele Funktionäre insbesondere militanter und politisierter Gewerkschaften sind Opfer von Mordanschlägen paramilitärischer Gruppen oder auch der Militärs geworden ... So wie Streiks Politikern und herrschender öffentlicher Meinung häufig als Behinderungen des nationalen Wachstums oder gar als Anschläge gegen die nationale Sicherheit gelten, denen letztlich polizeilich-repressiv zu begegnen ist, so werden Gewerkschaften auch oft als Zusammenschlüsse gesehen, die (...) politisch-subversive Ziele verfolgen.“

Die Logik, die hinter dem antigewerkschaftlichen Terror steckt – jeder, der einmal kolumbianische Aktivisten begleitet, weiß, dass der inflationär gebrauchte Begriff in diesem Fall zutreffend ist – wird nicht analysiert. Genau darum müsste es, meiner Meinung nach, jedoch gehen. Denn die Angriffe haben eine klare Stoßrichtung. Sie richten sich gegen politisierte Gewerkschaften, wie Dombois selbst schreibt, oder gegen Organisationen im öffentlichen Dienst, die wie die ICFTU (2002) konstatiert, Widerstand gegen die Privatisierungspolitik leisten: „In Colombia (...) unionists from the public services have been the hardest hit, suffering about 65% of the violations, particularly as a result of their determined stance in political talks on fiscal adaptations and privatisation.“

Der Paramilitarismus – so die These dieses Aufsatzes – ist nicht einfach eine weitere Facette des bewaffneten Konflikts in Kolumbien. Er ist eingebettet in eine von kolumbianischem Staat und einheimischem wie transnationalem Kapital seit Mitte der 80er Jahre betriebene antigewerkschaftliche Politik, die auf die Deregulierung von Arbeitsmärkten, der Bereitstellung von Bodenschätzen für den Weltmarkt und die Zerschlagung des öffentlichen Sektors abzielt. Die liberale Strategie der Regierungen seit Virgilio Barco (1986-90) können als Angriff auf breiter Ebene interpretiert werden. Insofern geht es auch um die Verbindung von Globalisierung, Ausnahmezustand und Krieg nach innen.

Kurze Geschichte der kolumbianischen Gewerkschaftsbewegung

Die kolumbianischen Gewerkschaften zeichnen sich seit ihren Ursprüngen zu Beginn des 20. Jahrhunderts (vgl. Uribe 1993, Villanueva 1992, Silva Romero 1998) durch eine notorische Schwäche aus. Verantwortlich hierfür waren und sind der niedrige Industrialisierungsgrad (mit einer dementsprechend niedrigen Zahl von lohnabhängig Beschäftigten), die erfolgreiche Anbindung der Arbeiterschaft an die beiden oligarchischen Parteien² und eine schon in den Frühzeiten der Gewerkschaftsbewegung brutal zuschlagende Repression. Die ersten großen Arbeitskämpfe im Land werden in den 20er Jahren vor allem von Bananenpflückern an der Karibik, westkolumbianischen Eisenbahnern sowie den bis heute als kämpferisch geltenden Erdölarbeitern der Region um Barrancabermeja ausgefochten (vgl. Silva Romero 1998, S.32-43). Bemerkenswert an den Auseinandersetzungen jener Dekade ist, dass mit dem *Partido Socialista Revolucionario* (PSR) eine politische Organisation existiert, der es im Gegensatz zu späteren kommunistischen und sozialdemokratischen Parteigründungen gelingt, Indígena-, Frauen- und Gewerkschaftsbewegung unter einem Dach zu vereinen. In gewisser Weise ist die PSR damit eine frühe Antwort auf die später fast schon verzweifelt geführten Debatten der lateinamerikanischen Linken über das Verhältnis zwischen Arbeiterschaft und bäuerlicher und indigener Bevölkerungsmehrheit bzw. zwischen Partei und sozialen Organisationen³, die

² Der Leiter der im Gewerkschaftsspektrum angesiedelten Stiftung CESTRA, Francisco Trujillo, hat dies einmal als „vertikale Spaltung“ der kolumbianischen Gesellschaft bezeichnet. Die politische Polarisierung habe bis in die 60er Jahre hinein nicht entlang sozialer Linien, sondern zwischen Parteien mit identischer Klassenstruktur stattgefunden. Der Bürgerkrieg 1948-53 war ein Ausdruck der Gegnerschaft zwischen Liberalen und Konservativen. Obwohl die Projekte beider Parteien keine echten Unterschiede aufwiesen, zerriss der Konflikt die Gesellschaft – Dorfgemeinschaften, Belegschaften, Familien – auf gewalttätige Weise.

³ Diese Debatte, wie sie in den Interview-Projekten der Exil-Chilenin Marta Harnecker dokumentiert ist, kreiste u. a. um den sowjetmarxistischen Avantgarde-Begriff. Tatsächlich ist es ja eines der ungelösten Geheimnisse parteikommunistischer Ideologie, warum gesellschaftliche Prozesse in Lateinamerika von einer Arbeiterschaft angeführt werden sollen, die im Vergleich zu Indígenas und Bauern erstens privilegiert, zweitens schlecht organisiert und drittens minoritär ist. Tila Uribe (1993) zeichnet in *Años Escondidos* nach, wie der Import Moskauer Organisationskonzepte die

beispielsweise in Brasilien schließlich in die Gründung der PT als ‚Bewegungspartei‘ münden.

Der Zyklus der sozialen Kämpfe der 20er Jahre in Kolumbien kommt mit dem Massaker auf den Bananenplantagen von Ciénaga 1928 zu einem blutigen Ende. Literaturnobelpreisträger Gabriel García Márquez hat die Geschichte dieses Streiks, der selbst von der staatlichen *Banco de la República* heute als eines „der schmerzlichsten Ereignisse der kolumbianischen Geschichte“ bezeichnet wird, weltberühmt gemacht. Mehrere hundert Streikende und ihre Verwandten, die sich in Erwartung einer Verhandlungsdelegation der United Fruit Company am Bahnhof der Kleinstadt Ciénaga versammelten, werden von der Armee regelrecht massakriert, und ihre Leichen ins Meer geworfen. Das Ereignis macht die Niederlage „des revolutionären Sozialismus“ manifest; gleichzeitig vermag „die Liberale Partei, sich die Früchte der Rebellion“ anzueignen (Silva Romero 1998, S. 45). Die Liberalen, trotz sozialreformerischer Rhetorik eine Partei der Oligarchie, forcieren die Zentralisierung der Gewerkschaftsbewegung unter eigener Hegemonie und verabschieden während der Ko-Regierung mit den Konservativen (1930-34) einige gesetzliche Regelungen. Silva Romero, Professor an der Nationaluniversität in Bogotá, bezeichnet die 1931 erfolgte Legalisierung der Gewerkschaften als „Feudalisierung“ von bis dahin den Bedürfnissen der Protestierenden angepassten und weitgehend autonomen Organisationen (ebenda, S. 47f). Arbeitskonflikte werden institutionalisiert, die Gründung unabhängiger oder politischer Gewerkschaften faktisch verboten. Auch die Gründung des Gewerkschaftsverbandes CTC (*Confederación de Trabajadores de Colombia*, zunächst: *Central Sindical de Colombia*) im Jahr 1936 ist trotz des Einflusses der damals noch jungen Kommunistischen Partei im Dachverband als Ausdruck dieser Kontrollanstrengungen von Seiten der Liberalen Partei zu interpretieren.⁴

Die Kooptation durch die Liberale Partei ist jedoch nicht das einzige Problem, das die kolumbianische Gewerkschaftsbewegung auf Jahrzehnte belastet. Ein weiteres Hindernis war und ist die Atomisierung gewerkschaftlicher Organisation, wie sie durch Gesetzgebung und die Intervention der oligarchischen Parteien gefördert wird. Cárdenas (1990, S. 47) spricht von einer systematischen Politik des „Teilen und Herrschens“. Zum einen würden rechtliche Bestimmungen bis heute verhindern, dass sich Industrie- gegen Betriebsgewerkschaften durchsetzen, und damit zum Entstehen Tausender Kleinstgewerkschaften führen, zum anderen sei die „in der CTC erreichte Einheit in den 30er und 40er Jahren durch den Ausschluss und die Ermordung der progressivsten Führer sowie durch die gewerkschaftliche Spaltung torpediert“ worden (ebenda). Nachdem sich die erste Regierung Alonso López Pumarejo (1934-38) auf die CTC stützt und einige wichtige Sozialreformen durchsetzt – v. a. um das politische und soziale System zu modernisieren -, kommt diese Spaltungspolitik Mitte der 40er Jahre voll zur Geltung. Die Liberalen brechen ihre Reformpolitik noch unter Präsident López ab, die Konservative Partei verfolgt eine rechtskatholische, mit falangistischen Elementen versetzte Strategie. Als wesentlicher Bestandteil dieser Politik wird 1946 die UTC (*Unión de Trabajadores de Colombia*) ins Leben gerufen, die klassenkämpferische Positionen in der Folgezeit erfolgreich unterläuft (Silva Romero 1998, S. 83):

„Nach der Amtsübernahme von Lleras und mit dem Verlust des Schutzes durch Präsident López müssen die Gewerkschaften der CTC immer häufiger Streiks führen, die – da es keinen Druck der Regierung mehr gibt – nicht schnell beendet werden können, und sich am Ende mit geringen Erfolgen zufrieden geben. Auf der anderen Seite setzen die katholischen

kolumbianische Linke um Jahrzehnte zurückwarf: von der in der Bevölkerung verankerten, pluralen und vergleichsweise demokratischen Bewegungspartei PSR zur artifiziellen, hierarchisierten Kommunistischen Partei.

⁴ Zumal die Kommunistische Partei in den 30er Jahren Präsident Alonso López Pumarejo aktiv unterstützt, und die Zusammenarbeit mit den Liberalen in den Gewerkschaften als unproblematisch gilt. Anders als man vermuten könnte, war dies weniger der Radikalität der Liberalen als vielmehr der Zurückhaltung der KP geschuldet. Die kolumbianischen Kommunisten (einschließlich ihres militärischen Arms, der FARC) waren zwar immer schon autoritär, haben bis 1990 jedoch eine politisch eher mäßigende Rolle in der Linken gespielt und Aufstandskonzepte, wie sie von anderen Strömungen vorgeschlagen wurden, (durchaus mit guten Argumenten) als „Abenteuertum“ abgelehnt.

Gewerkschaften am Verhandlungstisch permanent Lohnerhöhungen und Rechte durch, ohne einen einzigen Cent in Streiks zu verlieren. In Antioquia lässt sich die Desertion von Gewerkschaften und Funktionären der CTC in Richtung UTC beobachten. Die Existenz der in der UTC zusammengeschlossenen christlichen Gewerkschaften ist eine der zentralen Grundlagen für das von (dem Rechtskonservativen, Anm. d. V.) Laureano Gómez verfolgte neokorporativistische Modell. Die Verbreitung von Agrargewerkschaften in weiten Teilen des Landes ist einer der Hauptansatzpunkte der rechten Führung bei ihrem Projekt, den Linksruck der städtischen Massen und großen Teilen der Bauernschaft zu stoppen.“

Die Konsequenzen für die kolumbianische Gewerkschaftsbewegung sind desaströs. Die UTC wird zu einer Mischung aus gelber Gewerkschaft – UTC-Funktionäre werden von Unternehmen als Personal-Chefs angeheuert und sorgen auf repressive Weise für Betriebsfrieden – und ideologischem Transmissionsriemen für das autoritäre Projekt der Rechtskonservativen. Der 1948 ausbrechende Bürgerkrieg, der insgesamt 200.000 Kolumbianern das Leben kostet, verwandelt die CTC-Mitgliedsorganisationen zudem auch in militärische Angriffsziele. Tausende von Gewerkschaftern, Bauernführern, Mitgliedern der kommunistischen Partei, aber auch des progressiven Flügels der Liberalen werden ermordet. Es dauert etwa 15 Jahre, bis sich wieder eine nicht-korporativistische Gewerkschaftsbewegung formieren kann. Verantwortlich für die Renaissance unabhängiger Gewerkschaften ab 1960 sind mehrere Faktoren: der von der liberalen Parteiführung durchgesetzte Ausschluss der Kommunisten aus der CTC im gleichen Jahr; die allgemeine Enttäuschung in der Bevölkerung über die 1958 gebildete *Nationale Front*, eine 16 Jahre andauernde, allen demokratischen Prinzipien widersprechende Machtaufteilung zwischen liberalem und konservativem Parteiapparat; die allgemeine Aufbruchs- und Widerstandsstimmung, die Lateinamerika nach der kubanischen Revolution erfasst und in allen gesellschaftlichen Sektoren Organisationsprozesse auslöst, und der von internationalen Investitionen hervorgerufene Entwicklungsschub, der erstmals eine größere Industriearbeiterschaft hervorbringt. So steigt die Beschäftigung „im verarbeitenden Gewerbe zwischen 1945 und 1978 von 464.000 auf über 1,4 Millionen (oder 18% der Erwerbsbevölkerung)“ (Dombois 1997, S. 262). Die mit ausländischem Kapital errichteten Fertigungsstätten werden „zu Zentren gewerkschaftlicher Organisation im industriellen Bereich.“ (ders. S. 263)

Interessanterweise sind die folgenden Jahrzehnte trotz gewerkschaftlicher Zersplitterung also von Streiks und dem rasanten Wachsen der Arbeiterbewegung geprägt (Cardenas 1990, Silva Romero 1998). Auch hieran lässt sich zeigen, dass politische Artikulationsfähigkeit keineswegs mit hohen Mitgliedszahlen oder der Existenz einer Einheitsorganisationen einhergehen muss. Ende der 70er Jahre, kurz vor Beginn des paramilitärischen Vernichtungsfeldzugs, lassen sich damit zwei entgegengesetzte Entwicklungen ausmachen. Während die Spaltung der Gewerkschaften (ebenso wie die der politischen und sozialen Linken) immer abstrusere Züge annimmt – zu CTC und UTC haben sich mittlerweile die sozialdemokratische CGT sowie die von internen Grabenkämpfe erschütterte kommunistische CSTC gesellt -, konstituiert sich abseits des Grabenkriegs eine Arbeiterbewegung von unten. Der deutlichste Ausdruck dieser Basismobilisierung ist der Generalstreik am 14. September 1977, der in der gewerkschaftsnahen Literatur allgemein als historischer Einschnitt bewertet wird. Der Streik, der erfolgreichste in der jüngeren kolumbianischen Geschichte, wird von Basisgruppen und Belegschaften mehr oder weniger spontan und über politische Differenzen hinweg organisiert (vgl. Alape 1980). Silva Romero zufolge sind es sowohl der Erfolg dieser Mobilisierung als auch die zunehmende Distanzierung der liberalen und konservativen Parteien von ‚ihren‘ Zentralen, die dem tiefgreifenden Neugruppierungsprozess der 80er Jahre Raum öffnen. Während CTC und UTC, die von der Austeritätspolitik der Regierungsparteien genauso hart betroffen sind wie alle anderen Gewerkschaften auch und rasant an Bedeutung verlieren, Anfang der 80er Jahre über die Gründung einer eigenständigen Arbeiterpartei diskutieren, beginnen unabhängige Betriebs- und Industriegewerkschaften sowie der kommunistisch dominierte Dachverband CSTC einen Vereinigungsprozess, der schließlich 1986 zur Gründung der CUT (*Central Unitaria de Trabajadores*) führt, des mit Abstand größten kolumbianischen

Dachverbandes. Durch die starke Position der CUT gelingt es auch endlich, Aktionen zwischen den Gewerkschaftszentralen zu koordinieren. Dennoch bleibt die Situation schwierig. Das Panorama ist trotz der „Bemühungen um Aktionseinheit“ alles andere als vielversprechend. Der mit großen Hoffnungen verknüpfte Generalstreik im Oktober 1988 legt nur in den kämpferischsten Regionen des Landes das wirtschaftliche Leben lahm, die Zersplitterung besteht fort. Am Zustand des Jahres 1984, als 5 Dachverbände, 101 regionale Föderationen und 2172 Gewerkschaften, von denen viele nur auf Betriebsebene agieren, gezählt werden (Cardenas 1990, S. 50), ändert sich nichts Wesentliches. Das Problem ist dabei weniger die Existenz mehrerer Dachverbände, die mittlerweile unter Druck ihrer Basis stehen, als vielmehr die betriebliche Zersplitterung. Wenn gerade einmal die Hälfte der Gewerkschafter in Industriegewerkschaften oder sektorialen Zusammenschlüssen organisiert sind (ebenda), gestalten sich die Kommunikation zwischen Belegschaften und die Koordination von Kämpfen problematisch. Zudem sind die gewerkschaftlichen Mitgliedszahlen nicht nur außerordentlich niedrig, der Anteil der gewerkschaftlichen Organisierten an der Gesamtzahl der Beschäftigten sinkt auch stetig. Zahlen der ILO von 1991 zufolge ist Kolumbien nach Ecuador und Peru das lateinamerikanische Land mit dem niedrigsten Organisationsgrad (zit. nach Kruijt et al. 1996, S.21). Er liegt bei 5-7%, wobei kolumbianische Gewerkschafter darauf hinweisen, dass die Zahlen mittlerweile von der Regierung geschönt werden, um sich vor der ILO nicht ganz so nachteilig zu präsentieren. López (1999, S. 194) spricht von 945.000 der 12 Millionen abhängig Beschäftigten, die gewerkschaftlich organisiert sind (bei 43 Millionen Kolumbianern insgesamt); Suárez, der etwas ältere Zahlen heranzieht, (1994, S. 201) von 886.000, davon 531.000 in der CUT, 63.000 in der CTC und 37.000 bzw. 87.000 in den beiden Dachverbänden CGT und CTDC (eine Nachfolgeorganisation der UTC), die wenig später fusionieren und in der zu den ‚christdemokratischen‘ Gewerkschaften gehörenden CGTC aufgehen⁵, und 169.000 in unabhängigen Gewerkschaften.

Bei einer Zustandsschreibung der kolumbianischen Gewerkschaften lassen sich also folgende Punkte festhalten. Erstens: Die Gewerkschaftsbewegung hat sich spät und nur in einzelnen Branchen – v. a. im öffentlichen Sektor (Delgado 2001) und einigen wenigen Großindustrien - entwickelt. Schon Anfang der 80er Jahre, also vor der paramilitärischen Offensive und der neoliberalen Deregulierungswelle, war ihre Position schwach. Dombois (1997, S.272). spricht in diesem Zusammenhang von „Ghettoverbänden“, was insofern zutreffend ist, als geregelte Beschäftigungsverhältnisse in Kolumbien eher Ausnahme als Regel darstellen. Zweitens: Die Gewerkschaften haben seit ihrer Gründung mit einer staatlichen Politik zu kämpfen, die bisweilen auf die Domestizierung, andere Male auf die direkte Schwächung der Arbeiterorganisationen abzielt, und sind in diesem Zusammenhang immer wieder brutaler Repression ausgesetzt gewesen. Drittens: Die Gewerkschaftsbewegung ist in doppelter Hinsicht zersplittert. Zum einen hat die Gesetzgebung die Entwicklung von Industriegewerkschaften (zugunsten betrieblicher Vertretungen) erschwert, zum anderen haben parteipolitische Hegemonisierungsversuche zwischen und in den Dachverbänden zu Brüchen geführt bzw. die Verbände paralysiert. Viertens: Die Mehrheit der Beschäftigten sind nie in den Genuss kollektiver Tarifverträge gekommen. Der Medelliner Escuela Nacional Sindical zufolge waren 1988 – also ebenfalls vor der neoliberalen Deregulierungswelle – nur 15% der Lohnempfänger im öffentlichen und privatwirtschaftlichen Sektor von Tarifverträgen geschützt; im Transportwesen gar nur 4,5% und im Handel 0,73% (zit. nach Delgado 2001, S. 51) Fünftens: Die wenigen gesetzlichen Regelungen, die Belegschaften schützen, werden häufig nicht umgesetzt. So ergab eine Erhebung des Arbeitsministeriums 1998, dass 26% der untersuchten Unternehmen zwar von ihren Beschäftigten Sozialversicherungsbeiträge einbehielten, diese aber nicht an die Sozialkasse ISS abführten. (ders., S. 68)

⁵ Bemerkenswerterweise besitzt die CGTD und der ‚christdemokratische‘ Weltverband World Confederation Labour eine größere Bereitschaft zur Solidarität mit den sozialen Bewegungen Kolumbiens als die ‚sozialdemokratischen‘ CTC und ICFTU.

Neoliberale Wende und Angriff auf die Gewerkschaften

Die meisten Beiträge gewerkschaftsnaher Sozialwissenschaftler in Kolumbien charakterisieren die Arbeitsbeziehungen in ihrem Land ähnlich wie Carmen Marina López (1999, S. 196f): „1. Ein heterogener wirtschaftlicher Sektor, der von einer schwachen Industrie und einem großen informellen Sektor geprägt ist; 2. Ein politisches Regime, das von einer liberalen Vorstellung der industriellen Beziehungen ausgeht und sich auf klientelistische Beziehungen stützt, die starken Einfluss auf jene ausüben; 3. Ein ausschließendes politisches Regime, das zu einer Radikalisierung der politischen Kräfte führt und den Aufbau einer demokratischen, einen Konsens in den Gewerkschaften artikulierenden Linken erschwert; 4. Eine schwach ausgebildete Fähigkeit des Staates zur Regulation der elementaren Normen in den industriellen Beziehungen.“ Zusammengefasst könnte man sagen, López beklagt das Fehlen einer sozialdemokratischen Tradition, kritisiert die politische Orientierung der Gewerkschaften und fordert mehr staatliche Intervention ein. Die Kritik am Staat bezieht sich auf dessen unzulängliche demokratische Entwicklung und falsche, d. h. neoliberale Politikkonzepte.

Es ist auffallend, wie deutlich solche, dem europäischen Sozialdemokratismus verbundenen Beiträge die Debatte in Kolumbien dominieren. Prinzipiellere Kritik an den Verhältnissen und an der Rolle des Staates ist selten zu finden, und das, obwohl innerhalb der CUT das Verhältnis zwischen so genannten „Linken“ und „Demokraten“ bei etwa 50:50 liegt. Hierin reflektiert sich der nicht zu unterschätzende Einfluss externer Geldgeber – Stiftungen, NGOs, internationaler Institutionen -, den man bei einer Debattenanalyse berücksichtigen muss. Die wenigen gewerkschaftsnahen Einrichtungen Kolumbiens, die sich teure Publikationen leisten können, sind von ausländischer Unterstützung abhängig. Dabei spielt u. a. die Friedrich-Ebert-Stiftung (in Kolumbien FESCOL) eine entscheidende Rolle bei der Förderung gewerkschaftsnaher Publikationen und prägt sowohl den Verlauf gesellschaftspolitischer Debatten als auch die internationale Wahrnehmung des Konflikts. Es handelt sich – auch wenn viele dieser Publikationen hilfreiche und wichtige Beiträge sind, ohne die beispielsweise dieser Aufsatz nicht hätte geschrieben werden können – also um eine Form politischer Intervention, die selten kritisch beleuchtet wird, obwohl sie im Konflikt eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt. Wer die kolumbianische Zivilgesellschaft nicht als bedauernswertes Opfer bewaffneter Akteure begreift⁶ – und damit einer verkürzten Variante der Totalitarismustheorie widerspricht: ‚die gesellschaftliche Mitte und ihre extremistischen Feinde‘ -, sondern im Gramscianischen Sinn als ein Terrain, das von Konflikten durchzogen wird, auf dem sich Herrschaft konstituiert und um Hegemonie gerungen wird, muss auch die Machtstellung und Intentionen der Diskursproduzenten unter die Lupe nehmen. Das Projekt sozialpartnerschaftlicher Aussöhnung kommt weniger gewalttätig daher als US-amerikanische Modelle, ist aber nichtsdestotrotz ein Ordnungsprojekt, das die Stärkung des (historisch überaus repressiven kolumbianischen) Staates und die Zerschlagung systemoppositioneller Positionen anstrebt und sich dabei eine internationale Position der Stärke zunutzen macht.

Was die einzelnen von López und anderen beschriebenen Aspekte der kolumbianischen Arbeitsbeziehungen angeht, gibt es wenig Grund zum Widerspruch. Die Phänomene an sich – Schwäche der Gewerkschaften, geringe staatliche Regulation der Arbeitsbeziehungen, (politische) Polarisierung der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit – sind unumstritten. Problematisch scheint mir hingegen die Einordnung in das Gesamtbild. Die vom kolumbianischen Staat und den Unternehmen in den letzten 15 Jahren vorangetriebenen Veränderungen der Arbeitsbeziehungen sind sich meiner Ansicht nach

⁶ Eine verbreitete, aber nichtsdestotrotz in jeder Hinsicht unzutreffende Interpretation der Verhältnisse: Der kolumbianischer Konflikt ist sozialer Natur und durchzieht natürlich auch das so genannte zivile Terrain. Viehzüchter und Industrielle finanzieren die paramilitärischen Gruppen, staatstragende Intellektuelle fordern die Aufrüstung des Staates, Kleinbauernorganisationen sympathisieren mit der Guerilla. Die kolumbianische Gesellschaft ist nicht Opfer der bewaffneten Akteure, sondern die sozialen Konflikte zwischen den gesellschaftlichen Gruppen sind, nicht zuletzt vom kolumbianischen Staat, systematisch militarisiert worden. Gewalttätig wären die Zustände aber auch ohne Guerilla, Armee und Paramilitärs. Etwa 80% der in Kolumbien begangenen Morde gehen auf das Konto ganz ‚normaler‘ Alltagskriminalität.

eher Ausdruck eines politischen Projekts als einfach nur Ergebnis ökonomischer ‚Sachzwänge‘. Die Aggressivität, mit der Gesetzgeber, Unternehmen und paramilitärische Gruppen in Kolumbien gegen soziale Organisationen vorgehen, und die erschreckende Rationalität, wie sich die verschiedenen Akteure dabei ergänzen, werfen die Frage nach Verantwortlichkeiten und strategischen Projekten auf.

‚Apertura Económica‘ und Deregulierung

Mit dem Scheitern der importsubstituierenden Industrialisierung und der andauernden gesellschaftlichen Krise kommt es in den frühen 80er Jahren in Kolumbien zu zwei sich überschneidenden Prozessen. Während die Übernahme neoliberaler Konzepte und die daraus folgende Strategie der forcierten Weltmarktintegration (im kolumbianischen Fall v. a. als Exporteur der Rohstoffe Erdöl, Kohle, Gold, Bananen, Schnittblumen und Kaffee⁷) nicht untypisch für Lateinamerika sind und die bekannten sozialen Konsequenzen nach sich ziehen⁸, bildet sich im Sicherheitspolitischen eine Praxis heraus, die selbst für das an repressive Grausamkeiten gewöhnte Lateinamerika eine Besonderheit darstellt. Parallel zu den Friedensverhandlungen der Betancur-Administration (1982-86) beginnen Teile des Staatsapparates damit, Repressionsaufgaben outzusourcen (vgl. Giraldo 1996, Alonso 1997, Zelik 2001 a und b). Es entstehen paramilitärische Gruppen, die von Industrie, Drogenhandel und Großgrundbesitz finanziert und von Armee und Polizei trainiert bzw. operativ gesteuert werden. Ihre Angriffe richten sich gegen Basisgruppen, soziale Organisationen, Gewerkschaften und zum Teil auch einfach die Bewohner ökonomisch und strategisch interessanter Gebiete. Seit 1983 haben diese Gruppen jedes Jahr bis zu 5000 Menschen ermordet; viele hiervon auf bestialische Weise. Dabei ergänzen, bedingen und beeinflussen sich die neoliberale Öffnungspolitik und die Ausbreitung der Repression gegenseitig. Die wirtschaftliche Öffnung (*Apertura Económica*) wird während der Präsidentschaft von Virgilio Barco (1986-90) eingeleitet und von dessen Nachfolger, dem heutigen OAS-Präsidenten, Cesar Gaviria (1990-94)⁹ vertieft. Neben dem sich für Kleinbauern und – unternehmer verhängnisvoll auswirkenden Abbau von Zollgrenzen (vgl. Ahumada 1996 und 2000, Zerda 1997)¹⁰ zielt die neoliberale Politik in Kolumbien v. a. auf die Deregulierung von Arbeitsmärkten, die Vergabe von Schürf- und Bohrlizenzen an transnationale Konzerne sowie die Privatisierung des öffentlichen Sektors ab. Bemerkenswerterweise werden diese Vorhaben vom in den 80er Jahren explosionsartig gewachsenen Drogenhandel aktiv mitgetragen. Die Capos der Kartelle spielen nicht nur eine Schlüsselrolle beim Aufbau paramilitärischer Gruppen, sondern teilen auch die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der

⁷ Es ist bemerkenswert, dass Kokain das einzige wichtige Exportprodukt Kolumbiens ist, dass im Land selbst prozessiert wird.

⁸ Kruijt et al. (1996) sprechen von vier auf dem Kontinent beobachteten Effekten: Reallohnsenkungen, wachsende Arbeitslosigkeit, Liberalisierung und Flexibilisierung v. a. des produzierenden Gewerbes und eine Arbeiter bzw. Unterschichten im Allgemeinen zusätzlich belastende Sozial- und Wirtschaftspolitik.

⁹ Man sollte in diesem Zusammenhang darauf verweisen, dass Cesar Gaviria, der von der US-Regierung als OAS-Präsident vorgeschlagen wurde, schwerste Menschenrechtsverletzungen zu verantworten hat. Während seiner Amtszeit, die wegen der Verabschiedung der Verfassungsreform 1991 häufig als Modernisierungsphase bezeichnet wird, breitete sich der Paramilitarismus in Kolumbien auffallend aus. In Riofrío und Trujillo / Valle de Cauca verübten Armee-Einheiten im Dienst des Cali-Kartells mehrere Massaker an Kleinbauern, wegen derer die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte den kolumbianischen Staat schließlich verurteilte (Comisión Andina de Juristas, 2001, <http://www.cajpe.org.pe/RIJ/bases/mecanism/11654.htm>, 4. 1. 2003). Gaviria musste sich wegen dieser Ereignisse nie international rechtfertigen.

¹⁰ Verschiedene Kleinbauernorganisationen gehen davon aus, dass bis zu einer Million Kolumbianer, die vom Anbau von Mais und Kaffee lebten, der Weltmarktkonkurrenz nicht standgehalten haben und die traditionelle Landwirtschaft seit Beginn der *Apertura* aufgeben mussten. Einige Zehntausend von ihnen dürften sich heute mit Kokapflanzungen über Wasser halten, was deutlich macht, wie absurd der Antidrogen-Diskurs der US-Regierung argumentiert. Während mit unkalkulierbaren ökologischen Folgen flächendeckend Herbizide über kolumbianischen Urwaldgebieten versprüht werden, schafft die von den USA forcierte Agrarpolitik erst die ökonomische Grundlage für die Ausbreitung der Koka- und Schlafmohnpflanzungen.

Administration in Bogotá. Silva Romero schreibt (1998, S.174): „Beteiligt am neoliberalen Konzept sind logischerweise die großen Drogenhändler, die bei der Ausbreitung ihrer Geschäfte hohe Effizienz und Konkurrenzfähigkeit unter Beweis stellen. Sie sind Anhänger des Freihandels. Außerdem machen ihre Investitionen in Ländereien unvorstellbar großen Ausmaßes die Einschüchterung und den Tod von Bauern notwendig, damit diese ihre Grundstücke verkaufen oder verlassen.“ Repression, Landkonzentration, illegale Ökonomie und neoliberale Konzepte verknüpfen sich in der Praxis. „Jede Form der Organisation von Arbeitern, Bauern usw. wird im Rahmen ihrer (des Drogenhandels, d. V.) strategischen Konzepte zerschlagen.“

Betroffen sind die Gewerkschaften zunächst durch die Verabschiedung von Gesetzen, die die Deregulierung der Arbeitsbeziehungen nach sich ziehen. Die so häufig als progressiv gefeierte neue kolumbianische Verfassung von 1991 verbessert die gewerkschaftliche Situation nicht - im Gegenteil. Suárez kommt zu dem Schluss (1994, S. 12), die Konstitution fördere den Individualismus und schreibe wirtschaftsliberale Prinzipien fest. Parallel dazu verabschiedet der Kongress im Jahre 1990 die Gesetze Nr.50 und 60, mit denen sich die Leiharbeit explosionsartig ausbreitet (vgl. Silva Romero 1998, Delgado 2001). Vom heutigen Präsidenten Álvaro Uribe Vélez¹¹ initiiert, um „5 Millionen neue Arbeitsplätze“ zu schaffen, führen die Arbeitsreformen, die 1993 durch die Verabschiedung des Gesetzes 80 fortgeführt werden (das Gesetz 80 drängt ein Viertel der Staatsangestellten in ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse ab), v. a. zu einem Verlust von sozialen Sicherungssystemen und einem wahren Gewerkschaftsterben. 40.000 Entlassungen im öffentlichen Sektor, das Verschwinden ganzer Gewerkschaften (u. a. der Eisenbahner, Hafentarbeiter und Arbeiter im Bereich Öffentliche Bauten) sowie die massive Schwächung zahlreicher anderer Arbeiterorganisationen sind die Folge. Zwischen 1990 und 1994, zitiert Delgado einen Aufsatz aus dem Umfeld der sozialdemokratischen Gewerkschaftsschule ENS werden 514 Gewerkschaften mit 95.000 Mitgliedern zerschlagen (Delgado 2001, S.58). Silva Romero (1998, S.192) weist darauf hin, dass es den Angestellten der Zeitarbeitsfirmen praktisch unmöglich ist, sich gewerkschaftlich zu organisieren, und bezeichnet die Arbeitsreformen deshalb als „totalitär“. Zu einem ähnlichen Urteil kommt Delgado (2001, S.58): *„Die nach 1990 verabschiedeten Gesetzesreformen, die betriebliche Umstrukturierung als Folge der unzutreffend bezeichneten, so genannten ‚wirtschaftlichen Öffnung‘ des Landes gegenüber dem globalisierten Markt und der Bedeutungsverlust der Ideale internationaler Solidarität, wie sie auf den Zusammenbruch des sozialistischen Lagers folgten, haben die Krise der kolumbianischen Gewerkschaftsbewegung weiter verschärft. Evident war diese Krise, aus*

¹¹ Auch über diesen kolumbianischen Staatschef sollte man einige Worte verlieren. Die Familie Uribe Vélez ist eng mit dem Ochoa-Clan befreundet, einer der wichtigsten Medelliner Drogenhändler-Familien. Anfang der 80er Jahre, als die Kartelle eigene Flugzeuge für den Drogenexport anschaffen, arbeitet Uribe in der Luftfahrtbehörde von Antioquia und verhilft alten Bekannten zu Fluglizenzen. 1996 wird Uribes Sicherheitsberater Pedro Moreno von der DEA des illegalen Imports von zur Drogenproduktion bestimmten Chemikalien beschuldigt. Und auch zum Paramilitarismus gibt es Verbindungen. 1982 werden gewerkschaftlich organisierte Landarbeiter auf der Finca der Uribes ermordet. Mitte der 80er Jahre stellt die Familie Uribe erst der Armee, dann den Paramilitärs Ländereien zur Verfügung, von denen aus 1988 ein Massaker an Bauern in Remedios verübt wird. Während der Amtszeit von Uribe als Gouverneur von Antioquia werden im ganzen Departement so genannte CONVIVIR-Kooperativen aufgebaut, die von Menschenrechtsorganisationen als Struktur der Todesschwadronen bezeichnet werden. 1999, nach der auf internationalen Druck hin durchgesetzten Entlassung der Offiziere Rito Alejo del Río und Fernando Millán aus dem Armeedienst, spricht Uribe auf der vom Viehzüchterverband FEDEGAM, der wichtigsten finanziellen Stütze des Paramilitarismus, organisierten Veranstaltung zu Ehren der „Kämpfer gegen die Subversion“. Im Wahlkampf 2002 schließlich erhält Uribe von den Paramilitärs tatkräftige Rückendeckung. In Barrancabermeja verwandeln sich Stützpunkte des Paramilitarismus in den Armenvierteln zu Kampagnenlokalen von Uribe Vélez (vgl. Zelik „In der befriedeten Stadt lauert der Tod - Ortsbesichtigung beim paramilitärischen Pilotprojekt“, in: WOZ, 4. April 2002). In zahlreichen Regionen dürfen nicht einmal die Kandidaten der Liberalen Partei antreten. Der sich sonst so souverän gebende Präsident reagiert auf Nachfragen nach solchen Hintergründen ausgesprochen dünnhäutig. Als die *Newsweek* ihm im Frühjahr 2002 kritische Fragen zu seiner Vergangenheit stellt, beschimpft er den Redakteur und bricht das Gespräch ab (vgl. Zelik 2002a)

der paradoxer Weise die CUT hervorging, schon Mitte der 80er Jahre. Das gesamte gewerkschaftliche Netz, und v. a. jenes im privatkapitalistischen Bereich, wurde schwer getroffen. Viele Gewerkschaften sind verschwunden und ein großer Teil von denen, die in den vergangenen 10 oder 15 Jahren überlebt haben, sind in ihren Betrieben zur Minderheit geworden. Die Unternehmer sehen seitdem freie Bahn für eine direkte Neuregelung der Arbeitsverhältnisse mit ihren Beschäftigten – ohne störende gewerkschaftliche Vermittlung.“

Die Durchführung von Streiks ist praktisch unmöglich geworden, da Arbeitskämpfe problemlos illegal deklariert und die Verantwortlichen entlassen werden können. Betriebsvereinbarungen werden durchgesetzt, indem Gewerkschaftern mit Entlassung gedroht oder der Austritt von Belegschaften aus der Gewerkschaft finanziell belohnt wird. In anderen Fällen versucht man Gewerkschaftsvertreter von ihrer Basis zu isolieren oder sorgt für die faktische Handlungsunfähigkeit der Gewerkschaften, indem man die Organisationen durch die Förderung unternehmerfreundlicher Betriebsgewerkschaften in die Minderheitenposition bringt. Bemerkenswert ist außerdem, dass die Deregulierungsmaßnahmen massive Umschichtungen nach sich gezogen haben. Ganze Belegschaften sind – legaler oder illegaler Weise – entlassen und durch prekär Beschäftigte ersetzt worden. Besonders weit fortgeschritten ist diese Politik in der Blumenindustrie¹². Unter den schätzungsweise 120.000 Beschäftigten (die meisten von ihnen alleinstehende Frauen), die auf den Plantagen in der Hochebene um Bogotá arbeiten, existiert nicht eine einzige Gewerkschaft. Die Arbeitsbedingungen sind katastrophal. Akkordarbeit, extreme Temperaturunterschiede innerhalb und außerhalb der Gewächshäuser und der permanente Kontakt mit Pflanzengiften führen zu schweren Erkrankungen und Missbildungen bei Schwangerschaften. Auch werden häufig Löhne unterhalb des Mindestlohniveaus bezahlt. Als sich 2001 eine Belegschaft in der Nähe des Bogotaner Vorortes Madrid gegen eine weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zur Wehr setzt, wird sie fristlos entlassen. Die Plantage wird mit neuen Arbeiterinnen – die Flüchtlingsströme vom Land sorgen für einen permanenten Überschuss an Arbeitskräften – weiterbetrieben, der Prozess vor dem Arbeitsgericht steht aus. De facto haben Belegschaften selbst in Fällen eindeutiger gesetzlicher Regelungen kaum eine Chance, ihr Recht durchzusetzen. Die Strategie des Outsourcings hat die Position der Unternehmer praktisch unangreifbar gemacht. Zwar wird nach Untersuchungen von SINALTRAINAL ein Großteil der kolumbianischen Exportblumen von Dole vermarktet, doch das Unternehmen ist nach einigen Jahren direkten Engagements in der kolumbianischen Blumenindustrie dazu übergegangen, die Schnittblumen bei einheimischen Produzenten einzukaufen und mögliche Image-Schäden auf diese Weise abzuwälzen (vgl. Zelik 2002c). Die Strategie ähnelt jener der großen Sportschuhmarken, wie sie Naomi Klein in „No Logo“ beschrieben hat. Die kolumbianischen Hersteller wiederum zerlegen den Produktionsprozess in ein wahres Labyrinth der Verantwortlichkeiten: Arbeitgeber, Plantagenbetreiber und Grundbesitzer sind in der Regel nicht identisch. Wenn Arbeitskonflikte anstehen oder die Beschäftigten um Lohnzahlungen geprellt werden sollen, wird häufig einfach der Arbeitgeber – die Leiharbeitsfirma oder der Plantagenbetreiber – in den Konkurs geschickt und die Produktion von einem anderen Kettenglied fortgeführt.

Anti-Terror-Gesetze gegen Gewerkschaften im öffentlichen Sektor

Doch obwohl der kolumbianische Staat mit den Deregulierungsmaßnahmen den privatwirtschaftlichen Bereich weitgehend befriedet hat, ist die Aktivität der Gewerkschaften in dem südamerikanischen Land bemerkenswert geblieben. Im Oktober 1998 legt ein dreiwöchiger Streik das öffentliche Leben lahm, 1999 folgt ein eintägiger Generalstreik, der auch in der Industrie befolgt wird, immer wieder gibt es nationale Aktionstage. Delgado (2001, S.79) zufolge hat der Konflikt Ausmaße wie in den 80er Jahren angenommen, „die größten in der jüngeren Geschichte.“

Die Tatsache, dass die kolumbianische Gewerkschaftsbewegung trotz des immensen Drucks Mobilisierungen zustande bringt, wie sie in Lateinamerika sonst kaum zu beobachten sind, hat v. a. mit den Aktivitäten im öffentlichen Sektor zu tun. Lehrer, Erdölarbeiter und

¹² Die folgenden Informationen beruhen im Wesentlichen auf einer Exkursion in die Sabana de Bogotá im März 2002.

Verwaltungsangestellte haben die Hauptlast bei diesen Protesten getragen. Im Mittelpunkt stand und steht dabei die Verteidigung des öffentlichen Erziehungs- und Gesundheitssystems, des staatlichen Erdölunternehmens ECOPETROL sowie die Abwehr weiterer Arbeitsreformen. Es ist in diesem Zusammenhang ein interessantes Paradoxon, dass in der gewerkschaftsnahen Debatte Kritik am Neoliberalismus zwar zum guten Ton gehört, andererseits aber das politische Selbstverständnis der Gewerkschaften als ‚polarisierend‘ kritisiert wird (vgl. López 1999, Cárdenas 1999). Tatsächlich versteht sich beispielsweise die Erdölgewerkschaft USO nicht nur als Vertretung ihrer Mitglieder, sondern auch als ein Garant kolumbianischer Nationalinteressen¹³. Die härtesten Kämpfe in ihrer Geschichte hat sie für eine gesellschaftliche Verteilung der Erdöleinnahmen geführt, die Gründung von ECOPETROL 1951 musste dem Staat regelrecht abgetrotzt werden. Doch obwohl Gewerkschaften häufig dafür kritisiert werden, nur Partikularinteressen zu verfolgen, findet auch die gegenteilige Position, nämlich die Übernahme politischer Verantwortung, keinen Zuspruch. Ein Indiz dafür, dass in der Debatte bisweilen auch einfach nur jene Klischees reproduziert werden, mit denen in der Öffentlichkeit jede Form selbstbewusster gewerkschaftlicher Praxis diffamiert wird.

Der erbitterte Widerstand im öffentlichen Sektor gegen die Privatisierungspolitik hat den kolumbianischen Staat zu offen repressiven Maßnahmen veranlasst. So kommt es Anfang der 90er Jahre zu einer Kriminalisierungswelle gegen verschiedene Gewerkschaften (vgl. Zelik 2001a, S.167). Die 1991 verabschiedeten Gesetze zur Drogen- und Terrorismusbekämpfung, die die so genannte „gesichtslose Justiz“ (*justicia sin rostro*) einführen, d. h. Prozesse mit anonymen Kronzeugen und ohne Akteneinsicht der Verteidigung ermöglichen, finden v. a. bei sozialen Organisationen Anwendung. Als erste trifft es die Angestellten des staatlichen TELECOM-Unternehmens, die 1992 gegen den Verkauf ihres Betriebs an die AT&T-Tochter *Network System* streiken. Ein Jahr nach den Protesten werden 16 TELECOM-Techniker des Terrorismus angeklagt. Die renommierte Anwaltsgruppe *José Alvear Restrepo* erzielt vor Gericht schließlich einen Freispruch, doch kaum sind die Angeklagten frei, trifft es die Spitze der Erdölgewerkschaft USO. 17 Führungsmitglieder kommen wegen angeblicher Sabotage für Jahre ins Gefängnis. Die Argumentation der Staatsanwaltschaft stützt sich dabei v. a. auf die Tatsache, dass die USO in der Rohstoffpolitik ähnlich argumentiert wie die ELN-Guerilla. Als Kolumbien wegen der „gesichtslosen Justiz“ ins Kreuzfeuer internationaler Juristenkommissionen gerät, werden auch in diesem Fall die meisten Angeklagten freigelassen und das umstrittene Gesetz abgeschafft. Doch die Auseinandersetzung ist nicht beendet. Im April 1998 wird der Verteidiger der beiden Gewerkschaften, der Anwalt Eduardo Umaña, in seiner Wohnung erschossen. Ermittlungen deuten in Richtung der Geheimdienst Einheit XX. Brigade. Und im Jahr 2002 spitzt sich das Verfahren gegen den krebserkrankten USO-Präsidenten Hernando Hernández erneut zu. Aufgrund der Aussagen eines dubiosen Ex-Guerilleros und Kronzeugen wird Hernández mit Inhaftierung gedroht.

Das paramilitärische Projekt

Dort jedoch, wo auch staatliche Kriminalisierung nicht greift, ist der Übergang zum Paramilitarismus fließend. Die Funktion paramilitärischer Gruppen habe ich oben schon kurz umrissen. Ihr Zweck besteht darin, Repressionsaufgaben zu übernehmen, die der Staat nur zu sehr hohen politischen Kosten ausüben kann. Damit entzieht sich dieser nicht nur der Kritik, sondern kann sich auch als Opfer des „Extremismus von links und rechts“ präsentieren und die Akzeptanz autoritärer Lösungen vergrößern. Dieses Konzept ist nicht originär kolumbianisch. Der Aufbau von repressiven Parallelstrukturen ist Teil der Nationalen Sicherheitsdoktrin und lässt sich mindestens bis in die 60er Jahre zurückverfolgen. Wer

¹³ In der Frage der Ressourcenpolitik stehen „nationale“ im Gegensatz zu „staatlichen Interessen“. So wehrt sich die Gewerkschaft der Goldsucher SINTRAMINERCOL gegen eine Neuregelung des Eigentums an Bodenschätzen. Bisher war Gold Eigentum der kolumbianischen Nation, d. h. jede/r Bürger/in konnte Claims anmelden. Mit der geplanten Reform sollen die Abbaurechte in die Hände des Staates übergehen, der diese dann international vermarkten kann. Die Forderung nach „Nationalisierung“ hat in diesem Zusammenhang also v. a. soziale Bedeutung.

Costa-Gravas' Spielfilm ‚Z‘ gesehen hat, besitzt eine Vorstellung davon, wie auch in Europa im Rahmen der „Strategie der Spannung“ ähnliche Modelle zur Anwendung kamen. Die Niederlage im Vietnam-Krieg veranlasst die US-Militärs, diese Konzepte im Zusammenhang mit der so genannten *Low Intensity Warfare* weiterzuentwickeln (Klare 1995). Wesentlicher Bestandteil dieser Strategie sind so genannte „psychologische Operationen“ und die Einbindung der Zivilbevölkerung als Armee-Informanten und –Unterstützer in den Konflikt. Dorfschützer- und Nationalmiliz-Systeme werden in den verschiedensten Bürgerkriegsländern in den 70er und 80er Jahre etabliert, u. a. in Guatemala, der Türkei und auf den Philippinen. Dabei kommt es in den genannten Ländern auch zu verdeckten Aktionen der Geheimdienste oder diesen nahestehender Gruppen.

Die kolumbianische Variante des Paramilitarismus besitzt zahlreiche Parallelen zu den ‚Dorfschützer‘-Modellen, jedoch auch wichtige Unterschiede, die maßgeblich mit der Existenz des Drogenhandels zu tun haben. Zum einen verändert sich mit den Kartellen die kolumbianische Alltagskultur. Gewalt wird zum normalen, v. a. jedoch erfolgreichen Mittel der Konfliktregulation. Ausgehend vom Drogenhandel breitet sich jene Brutalität, die illegalen Ökonomien eigen ist, in der Gesellschaft aus und prägt auf diese Weise auch die konkrete Ausformung des Paramilitarismus. Die Bestialität, mit der die Todesschwadronen in Kolumbien Massaker begehen, wäre ohne die gesellschaftliche Deformierung als Folge der Drogenökonomie wohl kaum vorstellbar. Zum anderen entsteht mit dem Drogenhandel ein Akteur, der sich hervorragend instrumentalisieren lässt. Die Capos sind in ihrem Bestreben nach Straffreiheit bereit, schmutzige Aufgaben für die Sicherheitsorgane zu übernehmen, und können gleichzeitig wiederum als Sündenböcke den Staat entlasten¹⁴.

Tatsächlich spielt der Drogenhandel im kolumbianischen Paramilitarismus eine Schlüsselrolle. Die erste wichtige Todesschwadron des Landes, die Medelliner Gruppe MAS („Tod den Entführern“), wird von Drogenhändlern des Kartells um die Ochoa-Familie gegründet, kann aber bei seiner Ausbreitung u. a. auf die aktive Beteiligung des Geheimdienstbataillons Charly Solano Bince (Giraldo 1996), des Bataillons Bomboná und der Geheimdiensteinheit S-2 zählen (Colombia Nunca Mas 2000, S.384 ff). Als 1989 der Sicherheits-Chef des Medellín-Kartells Gonzalo Rodríguez Gacha von Sondereinheiten der Polizei erschossen wird, findet man bei ihm Sturmgewehre, die über die Karibikinsel Antigua nach Kolumbien gelangt sind. Der Verantwortliche für den Waffenhandel ist der israelische Sicherheitsexperte Yair Klein, der in den 80er Jahren sowohl nicaraguanische Contras als auch kolumbianische Paramilitärs trainiert hat und auf Vermittlung der Armee ins Land gelangt ist (Zelik 2002a)¹⁵. Das Pilotprojekt der Paramilitärs auf dem Land wird 1982 im

¹⁴ Derartige Verbindungen zwischen Mafia, Todesschwadronen und Sicherheitsdiensten sind auch anderswo nachgewiesen worden. Man denke etwa an den „tiefen Staat“ in der Türkei oder die im Zusammenhang mit dem Iran-Contragate-Skandal in den 80er Jahren aufgedeckte Kooperation zwischen nicaraguanischer Contra, US-Regierungskreisen und dem lateinamerikanischen Kokainhandel.

¹⁵ Unglaublich muten die Verbindungen an, die der Untersuchungsbericht der US-Senatoren John Kerry (Dem-Mass) und Hank Brown (Rep-Colo) über die Affäre um die pakistanische BCCI-Bank aufzeigt. Dem Bericht zufolge wird der Waffenhandel mit den Medelliner Drogen-Capos über eine Melonenzucht in Antigua abgewickelt. Diese Farm war 1983 von *Overseas Private Investment Corporation* (OPIC), einer US-Agentur, die „in Amerikas wirtschaftlichem und strategischem Interesse liegende Privatinvestitionen in Übersee“ fördert, mit einem 2 Mio Dollar-Kredit bedacht worden. Yair Klein und sein Partner Maurice Sarfati planen, auf der Farm Trainingskurse in Sicherheitspraktiken durchzuführen. Für den Kredit gegenüber OPIC bürgt BCCI. Mit Hilfe dieser Bank, die nach ihrem Zusammenbruch als internationale Geldwaschanlage bekannt wird, finanzierten US-Geheimdienste offensichtlich verdeckte Operationen in der ganzen Welt, u. a. in Nicaragua und Afghanistan. Interessanterweise gehören 20 Prozent der Bank Scheich Mahfouz, der wegen der BCCI-Affäre in den USA Anfang der 90er Jahre 170 Millionen US-Dollar Strafe zahlen muss und 2001 wieder ins Gespräch kommt - als angeblicher Verbündeter Osama Bin Ladens. Erwähnenswert ist weiterhin, dass der Geschäftsmann Bruce Rappaport dem Untersuchungsbericht zufolge die Schulden der Melonenzucht gegenüber OPIC einige Jahre später mit 50 Prozent Wertminderung übernimmt. Der Bericht besagt, Rappaports Geschäfte seien eng mit der BCCI-Bank verwoben gewesen, und bezeichnet ihn als „Vertrauten“ des damaligen CIA-Chefs William Casey. (A Report to the Committee

zentralkolumbianischen Magdalena-Tal nach einem Treffen von Armeeingehörigen, Viehzüchtern, der *Texaco Oil Company* und Politikern der Liberalen Partei gegründet (Alonso 1997, S.147). Die Capos des Medellín-Kartells, darunter auch Rodríguez Gacha, beteiligen sich federführend an diesem Projekt und werden schließlich Jahre später nicht wegen dieser Verbindungen zum Paramilitarismus vom kolumbianischen Staat verfolgt, sondern wegen wachsender Machtansprüche des Kartells gegenüber den traditionellen Eliten. Im Kampf gegen das Medellín-Kartell kooperieren die US-Drogenbehörde DEA und die kolumbianische Polizei-Sondereinheit *Bloque de Búsqueda* erneut mit Drogenhändlern. Die so genannten „Pepes“ (Verfolgte durch Pablo Escobar), eine Gruppe von ehemaligen Partner des Kartells, die sich von Escobar abwenden, töten nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen Anfang der 90er Jahre an die tausend mutmaßliche Angehörige des Medellín-Kartells und können dabei offensichtlich auf finanzielle Unterstützung des kolumbianischen Staates zählen (OGD 1994, zit. nach Azzellini 2001, S.129). Die Chefs der Pepes, die Castaño-Brüder Carlos und Fidel, die schon in den 70ern mit Drogen gehandelt haben sollen und seit 1982 in Zusammenarbeit mit der Armee paramilitärische Aktionen durchführen (Colombia Nunca Mas 2000, S.385f), verwandeln sich wiederum kurze Zeit später in Anführer des paramilitärischen Dachverbandes AUC, der von der Regierung offiziell als „illegale bewaffnete Gruppe“ verfolgt wird, de facto aber in allen Landesteilen gemeinsam mit der Armee agiert.

Die große Bedeutung des Drogenhandels wird häufig als Beleg für die These verwendet, der Krieg in Kolumbien habe sich in einen Kampf zwischen Warlord-Fraktionen verwandelt, in dem die paramilitärischen Gruppen autonom agierten. Einer ernsthaften Überprüfung hält diese These jedoch nicht stand. Die an die 10.000 Seiten umfassenden Dokumente der Nunca Mas-Kommission, einer von allen wichtigen Menschenrechtsgruppen des Landes getragenen Kommission, zeigen deutlich, dass sich der Paramilitarismus zu keinem Zeitpunkt verselbständigt hat. Die Anwaltsgruppe *Colectivo José Alvear Restrepo* etwa spricht von einem „Staatsterrorismus, der mit Hilfe der Drohung, das Leben, die körperliche Unversehrtheit oder die Freiheit“ zu nehmen, die Bürger dazu zwingt, „das ihm angebotene Gesellschafts- und Staatsmodell zu akzeptieren“ (Luis Guillermo Pérez, *Colectivo de Abogados* 2003). Oder wie Silva Romero (1998, S.173) schreibt: „Es gibt eine Tatsache, die niemand leugnen kann: die Umsetzung der neoliberalen Politik erfordert die Zerstörung der sozialen Organisationen¹⁶, die dieser Politik Widerstand leisten können. Im Gegenzug hebt (der Neoliberalismus) die Autonomie des individuellen Willens hervor und strebt nach einer Demokratie zwischen Individuum und institutionellen Repräsentationsapparaten – ohne störende Intervention linker oder ‚populistischer‘ Organisationen.“

Man kann also durchaus feststellen, dass der Paramilitarismus dort eingreift, wo das neoliberale Projekt gefährdet scheint. Während des Streiks im öffentlichen Sektor im Oktober 1998 beispielsweise werden die Streikenden eingeschüchert, indem der CUT-Vizepräsident Jorge Ortega erschossen wird. Auch das Attentat auf den Präsidenten der Gewerkschaft der Staatsangestellten und heutigen Kongressabgeordneten Wilson Borja im Dezember 2000 steht im Zusammenhang mit Protesten im öffentlichen Sektor. Wegen des Anschlags, der in Bogotaner Armeekreisen vorbereitet wurde, wird zwei Jahre später der Hauptmann des Heeres César Alonso Maldonado Vidales angeklagt (*Fiscalía de la República*, 2002)¹⁷. Wenig später, von Dezember 2001 bis März 2002, gibt es eine Serie von gegen USO-Gewerkschafter gerichteten Morden und Entführungen. Diese finden immer kurz vor oder nach so genannten Erdölforen statt, auf denen über die Ölpolitik der kolumbianischen Regierung diskutiert wird. Im Dezember 2001 trifft es den USO-Präsidenten Cartagenas und

on Foreign Relations United States Senate by Senator John Kerry and Senator Hank Brown, December 1992, 102d Congress, 2d Session, Senate Print 102-140)

¹⁶ Im Spanischen: *organizaciones populares*.

¹⁷ Dass diese Anklage erhoben wurde, entlastet den kolumbianischen Staat nicht. Die Aufrechterhaltung formaldemokratischer Verhältnisse macht es erforderlich, dass die Justiz mit einiger Autonomie agiert. Zudem wäre es kaum zu ernsthaften Ermittlungen gekommen, wenn nicht Leibwächter Borjas einen der Attentäter angeschossen hätten. Im Handy des Killers waren zahlreiche Telefonate mit Armee-Angehörigen gespeichert. Diesen Nummern ist die Staatsanwaltschaft nachgegangen.

Mitorganisator des Forums an der Atlantikküste Aury Sarat, im Februar 2002 den Erdölgewerkschafter Gilberto Torres aus dem ostkolumbianischen Casanare und im März den Kollege Rafael Jaime Torras¹⁸, verantwortlich für die Organisation des Erdölforums im März 2002 in Barrancabermeja. Die Zahl der ICFTU, wonach 65% der Anschläge an Gewerkschaftern an Aktivisten im öffentlichen Sektor verübt werden, ist bereits oben zitiert worden.

Doch auf der anderen Seite ist der Paramilitarismus in Kolumbien auch mehr als nur eine parastaatliche Parallelstruktur. Tatsächlich hat er zwar keine echte Autonomie, aber doch eine Eigendynamik entwickelt. Zum einen ist der Paramilitarismus nämlich eine Art Raubökonomie. Man kalkuliert, dass sich die Familien Castaño und Carranza seit 1990 mehrere Millionen Hektar Land angeeignet haben. Die Todesschwadronen ermöglichen damit den Prozess einer „umgekehrten Landreform“, wie der Kleinbauernverband ANUC feststellt: Der Besitz der zwischen 2 und 4 Millionen Vertriebenen geht in die Hände von Unternehmen, Paramilitärkommandanten und Drogen-Capos über. Zum anderen ist der Paramilitarismus ein Mittel zur Durchdringung bisher wenig erschlossener Räume und zur Sicherung von privaten Investitionen. Das nordwestkolumbianische Departement Chocó beispielsweise, das sich über Jahrhunderte selbst überlassen blieb und in dem indigene und afrokolumbianische Communities in einer Form von Subsistenz-Autonomie lebten, ist seit etwa zehn Jahren Schauplatz von Vertreibungen und paramilitärischen Massaker. Nur unwesentlich älter sind die Erschließungspläne der Regierung für die so genannte „Cuenca Pacífica“. V. a. im Zusammenhang mit der FTAA-Freihandelszone soll das Grenzgebiet zu Panamá an Bedeutung gewinnen. Geplant sind der Ausbau der Panamericana-Straße, die Errichtung von Containerhäfen, ein „trockener“, interozeanischer Kanal sowie die Ansiedlung von Industrien. Die paramilitärischen Kampagnen in den Departements Norte de Santander und Bolívar fallen zusammen mit der geplanten Erschließung äußerst reichhaltiger Steinkohle- respektive Goldvorkommen. Und während des von BP in Auftrag gegebenen Pipeline-Baus durch die „rote Zone“ um Segovia starben in der Kleinstadt 140 Menschen, darunter alle Angehörigen des örtlichen Menschenrechtskomitees. Ein Recherche-Team der Tageszeitungen *El Espectador* und *The Guardian* fand heraus, dass BP das britische Söldnerunternehmen *Defence Systems Colombia* mit dem ‚Schutz‘ der Pipelines beauftragt hatte. DSC wurde u. a. beschuldigt, Spitzelnetze in der Umgebung der Ölanlagen aufgebaut, Informationen über Gewerkschaftsaktivitäten an die Polizei weitergegeben, mit dem wegen Drogenhandels per internationalem Haftbefehl gesuchten Sicherheitsexperten Ricardo Zayas Marini Seminare durchgeführt (auf denen über den Einsatz von „hochtechnologischen Kriegsmaterialien“ und psychologischen Operationen diskutiert werden sollte) und illegale Zahlungen an die kolumbianische Polizei getätigt zu haben (Zelik 2001a, S. 97 ff). Die Aggressivität, mit der transnationale Unternehmen Rohstoffvorkommen erschließen und dabei die Vertreibung von einheimischer Bevölkerung in Kauf nehmen oder sogar forcieren, veranlassten eine Sprecherin der kolumbianischen Indígena-Organisation ONIC im März 2000 auf dem ersten Vertriebenenkongress denn auch von einer „zweiten Conquista“ zu sprechen.

Besonders perfide an der paramilitärischen Strategie ist, dass sie sich gleichzeitig barbarisch und hochrational, archaisch und doch zivilisiert präsentiert. Während auf der einen Seite Bauern die Köpfe abgehackt werden, um mit ihnen Fußball zu spielen, gibt es andererseits eine offensichtlich nicht ganz kleine Web-Abteilung der Todesschwadronen die unter (www.colombialibre.org) stets aktualisierte Nachrichten anbietet und sich in Geschwindigkeit und Umfang mit professionellen Medien messen kann. Mehr oder weniger zufällig finden popkulturelle Versatzstücke aus dem Horror-Genre wie das Kettensägenmassaker Eingang in die paramilitärische Praxis und damit in den Alltag kolumbianischer Kleinbauern, gleichzeitig verfolgen die Strategen des gegen die sozialen Bewegungen gerichteten Projekts aber auch eine politische Gesamtlinie. Dabei sind Mord und Folterungen nur zwei Bestandteile eines viel umfassenderen Konzepts:

¹⁸ Mit Jaime Torras habe ich mich im Rahmen einer Menschenrechtsdelegation wenige Stunden vor seinem Tod unterhalten (vgl. Zelik, „Schweigen ist das Schlimmste“, in: taz, 22.4. 2002)

- *der massive Einsatz von Desinformation*: Massaker werden häufig in fremdem Namen begangen, Informationen über den Konflikt verzerrt lanciert oder Zweifel gesät, in dem z. B. Versprechen, wie das eines Waffenstillstands, gezielt gebrochen werden, um die Glaubwürdigkeitskrise der politischen Akteure (und damit auch die Entpolitisierung der Bevölkerung) weiter zu vertiefen.
- *mediale und politische Präsenz*: Nicht nur über die Website, sondern auch über die Medien der großen Konzerne kommunizieren die Paramilitärs die politische Botschaft, sie seien eine Selbstverteidigungsorganisation von mittleren Bauern und Entführungsoptionen, also ein eigenständiger Akteur, und bekräftigen damit die These des schwachen Staates.
- *Zerstörung und Umkrempelung des sozialen Geflechts*: Die Bevölkerung in den ländlichen Gebieten wird gezwungen, sich in paramilitärische Strukturen einzugliedern. Verlassene Höfe werden mit zuverlässigen Partnern (Familien von Armeemitgliedern etc.) neu besiedelt. Damit wird der sozialen Organisation von unten auf Jahrzehnte die Grundlage entzogen.
- *Eroberung des institutionellen Raums*: Der Militärkommandant der Paramilitärs Salvatore Mancuso prahlt nach den Kongresswahlen im Frühjahr 2002, seine Organisation habe ein Drittel der Parlamentssitze gewonnen. Wenn man berücksichtigt, dass in zahlreichen Landesteilen nur die Kandidaten des Paramilitarismus Wahlkampf machen konnten, scheint diese Zahl keineswegs übertrieben.
- *Kampf um NGOs und soziale Organisationen*: Mittlerweile gibt es eine ganze Reihe von Organisationen und Gewerkschaften, die den Positionen der Paramilitärs nahe stehen und von diesen gefördert werden. Die Bananenarbeitergewerkschaft SINTRAINAGRO z. B. ist von der Partei *Esperanza, Paz y Libertad* dominiert. Diese Organisation, die aus der Demobilisierung der maoistischen EPL-Guerilla hervorging, schließt 1991 ein Abkommen mit Paramilitärkommandant Carlos Castaño. Zahlreiche Ex-Guerilleros integrieren sich in die Todesschwadronen Castaños, die EPL wird zu einem politischen Projekt mit sozialdemokratischer Rhetorik und einer Praxis, die auf die Linie des Paramilitarismus abgestimmt ist: Kontrolle der Region, Betriebsfrieden auf den Plantagen. SINTRAINAGRO und andere kooptierte Gewerkschaften haben den Druck gegen die Gewerkschaftslinken in den vergangenen Jahren zu nutzen gewusst, um ihre Position in der CUT auszubauen (sie gehören zu der „demokratischen“ Allianz, auf die sich der aktuelle CUT-Präsident Carlos Rodríguez stützt) und vertreten vor der ILO beispielsweise die Position, es gebe keine spezifische Politik gegen die kolumbianische Gewerkschaftsbewegung.¹⁹ Wer die Protokolle von ILO-Sitzungen studiert (vgl. ILO 1998), wird mit Erstaunen feststellen, dass ausländische Gewerkschafter bisweilen stärker auf der internationalen Menschenrechtsbeobachtung Kolumbiens bestehen als die jeweiligen kolumbianischen Vertreter.

Der Paramilitarismus ist also als vielschichtiges Phänomen zu sehen, bei dem sich unterschiedlichste ökonomische Prozesse (u. a. Drogenhandel, Globalisierung, umgekehrte Landreform), politische Strategien und militärische Programme überlagern. Seine Ziele sind dabei bemerkenswert offen gehalten. Denkbar ist die Artikulation einer eigenständigen politischen Bewegung der Ultra-Rechten, wie sie sich mit der Wahl des Präsidenten Uribe

¹⁹ In europäischen Gewerkschaftskreisen, die mit SINTRAINAGRO zusammenarbeiten, heißt es des öfteren, der Verweis auf die Verbindungen SINTRAINAGROS zum Paramilitarismus gefährde das Leben von Kollegen. Tatsächlich sind im Jahr 2002 zwar eine Reihe von Basisaktivisten der Bananenarbeitergewerkschaft, aber (im Unterschied zu anderen Gewerkschaften) keine Funktionäre ums Leben gekommen. Es gibt also bisher keine Anzeichen für die behaupteten Mordkampagne der Guerilla auf missliebige Gewerkschaften – auch wenn solche Morde nicht ausgeschlossen sind. Eine solche Kampagne würde sich überwiegend gegen Funktionäre richten, und die Attentate an den Mitgliedern können auch auf das Konto der Paramilitärs gehen. Zudem sollte man bei einer Bewertung SINTRAINAGROs bedenken, dass die heutige Gewerkschaftsführung nur deshalb im Amt ist, weil die alte Führung Anfang der 90er Jahre ins Exil gezwungen oder umgebracht wurde. Der Unternehmerverband UNIBAN hatte 1986/87 den bereits erwähnten Ausbilder Klein in die Bananen-Region Urabá geholt, um paramilitärische Gruppen zu trainieren. Seit etwa 1994 gilt Urabá, so die offizielle Sprachregelung, als „befriedet“ (vgl. Zelik 2001a, S.15-17, Interview mit dem exilierten SINTRAINAGRO-Generalsekretär Gerardo Nieto, sowie S.216-221)

bereits abgezeichnet hat, aber auch die Wiedereingliederung der Todesschwadronen wie etwa in El Salvador. Die wichtigste Aufgabe des Paramilitarismus ist die Bewahrung des Status Quo gegenüber sozialrevolutionären Forderungen, wie sie sich Ende der 70er Jahre artikulierten. Der Paramilitarismus muss (im Gegensatz zur Guerilla) nicht gewinnen, um erfolgreich zu sein. Die Politik von Desinformation, Verwirrung und Mord kostet den Paramilitärs Sympathien. Vor allem jedoch macht sie den politischen und sozialen Konflikt diffus und undurchschaubar. Als Folge hiervon zieht sich die Bevölkerung aus politischen und sozialen Aktivitäten zurück und wünscht sich einen „Frieden, egal wie“. Dieser Frieden ohne soziale Veränderung ist nichts anderes als das Einfrieren des gesellschaftlichen Status Quo, zu dessen Verteidigung der Paramilitarismus angetreten ist. Insofern versuchen die Paramilitärs, die sich nie ganz sicher sein können, ob die Staatsmacht sie eines Tages fallen lassen wird, sich auf politische, organisatorische und soziale Weise zu stärken, sind jedoch auch bereit, ihre organisatorische Stärke zugunsten einer Legalisierung aufzugeben.

Fallbeispiel: Coca Cola gegen SINALTRAINAL

Ein konkretes Beispiel für das Zusammenwirken antigewerkschaftlicher Praktiken ist der Konflikt zwischen Coca Cola und der Nahrungsmittelgewerkschaft SINALTRAINAL. Der Fall ist in doppelter Hinsicht interessant: Zum einen zeigt er, dass transnationale Konzerne bisweilen auf sehr brachiale Methoden zurückgreifen, um sich gewerkschaftlicher Opposition zu entledigen. Zum anderen gibt es durch die internationale Solidaritätskampagne mit den Coca Cola-Arbeitern auch praktische Erfahrungen, wie sich internationale Gewerkschaftszusammenschlüsse in derartigen Konflikten positionieren. Coca Colas Präsenz in Kolumbien ist über Ankerunternehmen und Lizenznehmer vermittelt. Wie aus der von United Steel Workers (2001) und International Labor Right Fund vor dem Distriktgericht Südflorida eingereichten Zivilklage hervorgeht, wird die Marke Coca Cola in dem südamerikanischen Land von Coke Colombia vertreten. Die wichtigsten Abfüller für den lateinamerikanischen Markt sind die miteinander verbundenen Gesellschaften Panamerican Beverages Inc.²⁰, eine auf der New Yorker Börse gehandelte Aktiengesellschaft, und die Coke-Tochter Panamco Ltd, die gemeinsam unter dem Namen Panamco auftreten und beide ihren Hauptsitz in 701 Waterford Way, Miami, unterhalten. Panamco, das die Softdrink-Lizenzen für Brasilien, Kolumbien, Costa Rica, Guatemala, Nicaragua, Mexiko und Venezuela besitzt, wird von Coca Cola als „Ankerunternehmen“ bezeichnet. Darunter versteht The Coca Cola Company laut Geschäftsbericht ein Unternehmen, „(that is) strongly committed to the strategic goals of the Company and to furthering the interests of our worldwide production, distribution and marketing systems.“ (ebenda, Punkt 16). In Kolumbien ist Panamco über das Tochterunternehmen Panamco Colombia präsent, das einzig und allein zur Abfüllung und Vermarktung der Coke-Softdrinks gegründet wurde. Alle 17 Abfüllanlagen Coca Colas in Kolumbien, darunter u. a. „Embotelladora de Santander S. A.“ und „Embotelladora Roman S. A.“, stehen unter Kontrolle von Panamco Colombia (ebenda, Punkt 17). Die Abfüllanlagen selbst jedoch sind Eigentum von teilweise unabhängigen Kapitalgesellschaften. Haupteigentümer und Manager der Abfüllanlage Carepa, in denen sich die schwersten Übergriffe gegen Gewerkschafter ereigneten, ist beispielsweise der ebenfalls in Florida ansässige US-Bürger Richard I. Kirby, der seine Geschäft gemeinsam mit Sohn Richard Kirby Keilland und der Verwandten Peggy Ann Keilland führt (ebenda, Punkt 19).

SINALTRAINAL (2002) ist 1982 als Zusammenschluss der Betriebsgewerkschaften Sinaltralarosa, Sintracolac und Sintranestle als Industriegewerkschaft im Nahrungsmittelsektor entstanden. Mitglied der CUT und in der „Kampagne gegen Straflosigkeit“, gehört SINALTRAINAL zum linken Flügel der kolumbianischen

²⁰ Nach einer Reuters-Meldung vom 23.12.2002 wird das mexikanische Unternehmen CocaCola Femsa Panamerican Beverages für 2,7 Milliarden US-Dollar (plus 880 Millionen US-Dollar Verbindlichkeiten) übernehmen. The Coca Cola Company, die Anteile an Panamerican Beverages hält, soll im Rahmen der Transaktion 304 Millionen Femsa-Aktien des Typs D erhalten. Zur Finanzierung des Geschäfts werde Coca Cola Femsa, so Reuters, 2 Milliarden US-Dollar neue Schulden bei JP Morgan Chase und Morgan Stanley aufnehmen. Femsa verwandelt sich durch die Transaktion in den zweitgrößten Vermarkter von Coca Cola weltweit (20% des Gesamtverkaufs).

Gewerkschaftsbewegung. Mit ursprünglich an die 6000 Mitgliedern war SINALTRAINAL lange Zeit eine für kolumbianische Verhältnisse mittelgroße Gewerkschaft, die jedoch durch politische Aktivitäten auch außerhalb der eigenen Industrie wahrgenommen wurde. So hat sich SINALTRAINAL, ähnlich wie die Erdölgewerkschaft USO, immer wieder dadurch ausgezeichnet, sich nicht auf Belegschaftsvertretung zu beschränken. Mitte der 90er Jahre entwickelte die Gewerkschaft in Zusammenarbeit mit Bauernorganisationen die so genannte *Propuesta Agroalimentaria*, einen Vorschlag zur Lösung des kolumbianischen Nahrungsversorgungs- und Unterernährungsproblems. In diesem Zusammenhang bemühte sich SINALTRAINAL um den Aufbau von Produzenten-Konsumenten-Ringen, mit denen die Lebensmittelversorgung in den Städten und die Absatzlage für Kleinbauern verbessert werden sollten. Auch wenn die praktische Umsetzung des Projekts scheiterte – es fehlte an betriebswirtschaftlichen Kapazitäten und organisatorischen Rahmenbedingungen: fast alle Kooperativen wurden von Paramilitärs zerschlagen – profilierte sich SINALTRAINAL auf diese Weise als Gewerkschaft mit gesamtpolitischem Projekt. Dieses Selbstverständnis – SINALTRAINAL (ebenda) definiert sich als sozialistisch und der „Ausübung der nationalen Souveränität“ verpflichtet – sowie die Konfliktbereitschaft der Gewerkschaft waren denn auch der Grund, warum SINALTRAINAL Anfang der 90er Jahre zunehmend unter Druck von Staat, Unternehmen und Paramilitärs geriet. Vorwürfe in diesem Zusammenhang formuliert die Gewerkschaft u. a. gegen Nestlé und Coca Cola. Im Fall des Softdrink-Konzerns zeichnen Gewerkschaftssprecher das Bild eines vielschichtigen Angriffs, mit dem sich Arbeits- und Organisationsbedingungen grundlegend verschlechtert hätten (Azzellini 2002):

„Anfang der 90er Jahre arbeiteten in den verschiedenen Coca-Cola-Niederlassungen Kolumbiens etwas über 10.000 Arbeiter, sie verfügten über unbefristete Verträge und ein durchschnittliches Einkommen von 600-700 US-Dollar. Heute, nach der grundlegenden Umstrukturierung des Unternehmens, haben nur noch etwa 2.500 Arbeiter Verträge mit Coca-Cola und nur 500 davon feste Verträge, weitere 7.500 sind über Subunternehmer beschäftigt. Das durchschnittliche Monatseinkommen beträgt nur noch etwa 150 US-Dollar. Im Zusammenhang mit Arbeitskonflikten wurden bei Coca-Cola Kolumbien 1995/1996 sieben unserer Gewerkschaftsführer ermordet, über 50 mussten ihre Regionen verlassen, und über 6000 der insgesamt 10.000 Beschäftigten wurden während des vergangenen Jahrzehnts ausgetauscht. Die Zahl unserer Mitglieder bei Coca-Cola sank von ehemals 2.500 auf 500. Doch auch den mit Hilfe des Unternehmens gegründeten neuen Mini-Gewerkschaften ergeht es nicht gut, sobald sie zu viel fordern. Im vergangenen Jahr wurden zwei Vertreter der unternehmertreuen Gewerkschaft SINALTRAINBEC von Paramilitärs ermordet.“

In der in Florida eingereichten Zivilklage ist v. a. der Fall der nordkolumbianischen Kleinstadt Carepa nachgezeichnet. Dort, in einem von Paramilitärs und Sicherheitsorganen gemeinsam kontrollierten Ort, werden 1994 zwei bei SINALTRAINAL organisierte Coca-Cola-Arbeiter getötet. Wenig später beginnen Paramilitärs, die Gewerkschaft so massiv zu bedrohen, dass die lokale SINALTRAINAL-Führung die Stadt verlassen muss. Im Juni 1995 wird ein neuer Vorstand gewählt, zu dem auch der später ermordete Isidro Gil gehört. Einen weiteren Monat später stellt Coca Cola neue Arbeitskräfte ein, darunter auch jene Paramilitärs, die einige Wochen zuvor die Gewerkschafter bedroht hatten (United Steel Workers 2001, Punkt 40-42). Im September 1995 versucht Ariosto Milan Mosquera, Manager der Coke-Abfüllanlage in Carepa, ein führendes Gewerkschaftsmitglied zu entlassen. Nachdem dies von einem Arbeitsgericht als unzulässig zurückgewiesen wird, verschärft Mosquera, der von Augenzeugen in freundschaftlicher Begleitung von Paramilitärs gesehen wird, die Drohungen. Er erklärt öffentlich, dass er die Paramilitärs angewiesen habe, die Gewerkschaft zu zerschlagen (ebenda, Punkt 43-45). SINALTRAINAL weist Coca Cola Colombia und Panamco Colombia am 27. 9. 1996 in einem Brief auf die Situation hin und bittet um Unterstützung. Mosquera droht den Gewerkschaftern in Carepa erneut. (United Steel Workers 2001, Punkt 46-48) Am 18. November 1996 legt die Gewerkschaft einen Vorschlag zur Modifikation des Arbeitsvertrags vor. Demnach soll das Abfüllunternehmen Carepa („Bebidas y Alimentos“) Sicherheitsmaßnahmen für die Arbeiter übernehmen. Manager Mosquera nimmt diesen Vorschlag mit nach Bogotá, wo er sich mit Richard Kirby

Keilland, dem Sohn des Haupteigentümers von „Bebidas y Alimentos“ zu einem Gespräch trifft. Am 5. 12. 1996 töten Paramilitärs den zur Verhandlungsdelegation der Gewerkschaft gehörenden SINALTRAINAL-Funktionär Isidro Gil; in der Nacht zünden Paramilitärs das Gewerkschaftsbüro an, am folgenden Tag werden auch die anderen Führungsmitglieder bedroht. Am Morgen des 7.12.1996 dringen die Paramilitärs auf das Werksgelände ein und erklären den Arbeitern, dass sie aus SINALTRAINAL austreten oder Carepa verlassen müssten. Die Arbeiter werden gezwungen, im Büro des Geschäftsführers von „Bebidas y Alimentos“ vorbereitete Austrittserklärungen zu unterzeichnen (ebenda, Punkt 49-52). Die Paramilitärs verkaufen die im Gewerkschaftsbüro gestohlenen Krankenversicherungskarten an das Abfüllunternehmen, das SINALTRAINAL-Büro wird von den Todesschwadronen in Besitz genommen, und Ende Dezember 1996 ein weiterer Gewerkschafter erschossen. 1997, SINALTRAINAL ist in Carepa vollständig zerschlagen, übernimmt Peggy Ann Keilland, eine Verwandte der Familie Kirby die Geschäftsführung. Sie sorgt dafür, dass die Paramilitärs das Werksgelände nicht mehr betreten. Trotzdem gibt es im Jahr 2000 eine weitere Tote: Die Witwe von Isidro Gil wird mehr als 3 Jahre nach den Ereignissen ebenfalls erschossen (United Steel Workers 2001, Punkte 53-58). SINALTRAINAL versorgt seitdem die beiden Waisen der Familie Gil finanziell.

Und dies ist nicht der einzige Fall von Gewaltanwendung, in den Coca Cola-Lizenznehmer verwickelt sind. In der Abfüllanlage der nordostkolumbianischen Stadt Bucaramanga bezeichnet der Geschäftsführer José Castro die Gewerkschafter 1992 öffentlich als „Guerilleros“. 1995 kommt es zu einem 5-tägigen Streik, nachdem das Unternehmen die arbeitsvertraglich geregelte Krankenversicherung einseitig aufkündigt und ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommt. Wenige Tage später behauptet der Sicherheits-Chef des Unternehmens, ein ehemaliger Armeehauptmann, eine Bombe gefunden zu haben. Die Streikführer Eduardo Garcia, Alvaro González Pérez and José Domingo Flores werden des Terrorismus bezichtigt und verhaftet. Die Bombe taucht zwar nie auf, doch die Angeklagten werden unter verschärften Bedingungen inhaftiert: Sie werden in einem von Paramilitärs kontrollierten Trakt²¹ untergebracht, können Duschen und Toiletten nur unter größten Vorsichtsmaßnahmen nutzen (dort geschehen die meisten Morde innerhalb der Gefängnisse) und dürfen nur einmal im Monat Besuch empfangen. Nach 6 Monaten schließlich stellt die Staatsanwaltschaft fest, dass die Anklage haltlos ist und die Gewerkschafter freigelassen werden müssen (ebenda, Punkt 59-70). Auch in anderen Städten kommt es zu ähnlichen Ereignissen. In Cúcuta an der venezolanischen Grenze schießt 1998 ein Wachschießer, durch Warnungen des Unternehmens verunsichert, auf einen SINALTRAINAL-Aktivist, ein weiterer Funktionär wird 1999 von Paramilitärs entführt, gefoltert und mit dem Tode bedroht (ebenda, Punkt 71-78). In Barrancabermeja gibt es mehrere Anschläge und Entführungsversuche auf die örtliche SINALTRAINAL-Führung. 2002 versuchen Paramilitärs die 4-jährige Tochter des Coca Cola-Gewerkschafters William Mendoza zu entführen. Am 31.8.2002 wird außerdem in Barranquilla der SINALTRAINAL-Funktionär und CUT-Vizepräsident der Region Atlántico Adolfo Múnera López erschossen. Múnera war 1997 von Coca Cola entlassen worden, weil er nach einer Hausdurchsuchung durch Armee-Einheiten die Stadt aus Angst vor einer Ermordung verlassen hatte und nicht mehr am Arbeitsplatz erschienen war. Die Kündigung wird von einem Arbeitsgericht jedoch schließlich im Sommer 2002 zurückgewiesen worden. Wenige Tage nach dem vorläufigen Gerichtsbeschluss ermorden Unbekannte Múnera vor der Wohnung seiner Mutter. (vgl. Equipo Nizkor 2002)

²¹ Es gibt in Kolumbien trotz der dargestellten Komplizenschaft des Staates mit den Paramilitärs inhaftierte Mitglieder dieser Gruppen. Die Basis der Paramilitärs kann man in den Gefängnissen gut gebrauchen. Dort nämlich dienen sie zur Kontrolle der Haftanstalten: Nach Berichten von Menschenrechtsorganisationen sind inhaftierte Paramilitärs in mehreren Fällen von der Gefängnisleitung mit Waffen und Kommunikationsmitteln versorgt worden, um die Organisation der politischen Gefangenen zu unterbinden. Gleichzeitig bewegen sich die Kommandanten der Paramilitärs weitgehend unbehelligt: Militärchef Salvatore Mancuso traf sich nach Angaben der kolumbianischen Tagespresse Ende 2002 in einem Edel-Klub in Bogotá mit Vertretern der politischen Elite. Carlos Castaño wohnt, wie ein entführter Geschäftsmann berichtete, in luxuriös ausgestatteten Villen an der Grenze der Departements Córdoba und Antioquia.

Der kolumbianische Fall ist im übrigen nicht der erste, der sich in Coca Cola-Anlagen ereignet. Anfang der 80er Jahre gibt es eine internationale Kampagne, durch die die Coca Cola-Company dazu gezwungen wird, sich von einem guatemaltekischen Abfüllunternehmen zu trennen. In den Coke-Anlagen des mittelamerikanischen Landes waren 3 Gewerkschaftsführer ermordet und auf einen vierten ein Anschlag verübt worden.

Vor diesem Hintergrund ist SINALTRAINAL auf etwa 2000 Mitglieder geschrumpft - ein weiteres Beispiel für das oben bereits erwähnte „Gewerkschaftssterben“. Um diese Situation öffentlich zu machen, haben Menschenrechtsgruppen, Gewerkschaftslinken, Globalisierungskritiker und einige kirchliche Gemeinden in mehr als 10 Ländern seit 2001 Aktivitäten entwickelt. Auch European und World Social Forum haben den Fall aufgegriffen und zu Solidaritätsaktionen mit den kolumbianischen Gewerkschaftern aufgefordert. Das Ziel der Kampagne ist es, Coca Cola zur Unterzeichnung eines umfassenden Kodexes zu verpflichten, das Anker- und Lizenzunternehmen mit in die Pflicht nimmt. Doch wer glaubt, ein derartiges Unterfangen, das letztlich auf die Durchsetzung elementarer Organisationsrechte abzielt, müsse auf wohlwollende Unterstützung der internationalen Gewerkschaftsverbände stoßen, täuscht. Um ein Treffen mit den SINALTRAINAL-Präsidenten Edgar Paez und Javier Correa gebeten, erklärt beispielsweise der zuständige Sekretär der NGG, man wisse nicht, wie sich die kolumbianische Gewerkschaft finanziere, und fügt hinzu, Gewalt sei kein geeignetes Mittel, um Konflikte zu lösen. Offensichtlich hat die NGG ihre Informationen bei der Coca Cola Company und den Partnergewerkschaften in der IUL (Internationale der Lebensmittelgewerkschaften) eingeholt. Die kolumbianische IUL-Sektion besteht aus den Gewerkschaften SINTRAINAGRO und SICO. SINTRAINAGRO wurde, wie oben bereits dargestellt, Mitte der 90er Jahre nach der Ermordung der alten Gewerkschaftsführung von Funktionären übernommen, die – um es vorsichtig auszudrücken – von den Todesschwadronen zumindest nicht als Gegner betrachtet werden²². SICO wiederum übernahm mit Hilfe von SINTRAINAGRO jenen Platz, den SINALTRAINAL nach den Morden 1996 in der Abfüllunterlage von Carepa aufgeben musste. Der SICO-Funktionär Luis Alejandro Pedraza, der sich zu keinem Zeitpunkt solidarisch mit den vertriebenen SINALTRAINAL-Kollegen gezeigt hat, ist für IUL ausgerechnet als Menschenrechtsberichterstatteur aus Kolumbien tätig. Als schließlich durch die Solidarität einer NGG-Sektion doch noch ein Treffen mit dem NGG-Vorstand zustande kommt, zweifelt dieser die Darstellung des SINALTRAINAL-Vizes Edgar Paez an. Sicherlich ist es richtig, Informationen zu überprüfen, doch die Art und Weise, wie gegenüber südamerikanischen Kollegen, die wegen ihrer Arbeit täglich mit dem Tod konfrontiert sind, aufzutreten wird, hat doch etwas Erschreckendes.

Ähnlich deprimierend sind die Erfahrungen bei der Vorbereitung einer internationalen Delegation von Chemie-Gewerkschaftern während des Jahres 2002. Die Delegation, die die kolumbianischen Kollegen in USO, CUT und CGTD besuchen wollte, wird im Oktober 2002 abgesagt, nachdem der CUT aus Reihen der ICFTU Missmut signalisiert worden war, weil die Delegation angeblich nicht ausgewogen genug konzipiert sei. Der örtliche ICFTU-Verband CTC sei nicht berücksichtigt worden. CTC vertritt in etwa 65.000 Mitglieder und ist vom schmutzigen Krieg nur in geringem Maße betroffen; die zur Delegation einladenden CUT und CGTD 650.000.

In Anbetracht solcher Reaktionen fragt man sich, welche Krise eigentlich schwerer wiegt: die Überlebenskrise kolumbianischer Gewerkschafter oder die moralische Krise der internationalen Bürokratie, die sich aus Angst, mit radikalen Inhalten identifiziert zu werden, die Positionen von Konzernen zu eigen macht.

²² SINTRAINAGRO hat im Jahr 2002 (Januar bis November) an der Atlantikküste 11 Basismitglieder durch Mordanschläge verloren. Die Urheberchaft ist ungeklärt; denkbar ist durchaus, dass auch in diesem Fall die Verantwortlichen bei den Paramilitärs zu suchen sind. Völlig außer Frage steht, dass alle Gewerkschafter, egal welcher politischen Strömung sie angehören, vor Angriffen geschützt werden müssen. Andererseits sollte bei einer politischen Bewertung der Gewerkschaftsorganisation (was nicht das Gleiche wie eine Diffamation ist) berücksichtigt werden, auf welcher Grundlage sich diese in den vergangenen 10 Jahren umformiert bzw. neu gegründet hat.

Literaturverzeichnis

- Ahumada, Consuelo (1996): *El modelo neoliberal y su impacto en la sociedad colombiana*, Bogotá
- Ahumada, Consuelo (2000): *Una década en reversa*, in: Ahumada, C./ Caballero, A. /Castillo Cardona, C. / Guhl, E. / Molano, A. / Posada Carbó, E.: *Qué está pasando en Colombia? Anatomía de un país en crisis*, Bogotá
- Alape, Arturo (1980): *Un día de septiembre – testimonios del paro cívico*, Bogotá
- Alonso, Manuel Alberto (1997): *Conflicto armado y configuración regional - el caso del Magdalena Medio*, Medellín
- Azzellini, Dario (2001): *Drogenhandel und aufstrebende Bourgeoisie*, in: Zelik R. / ders: *Kolumbien – Große Geschäfte, staatlicher Terror und Aufstandsbewegung*, Köln
- Azzellini, Dario (2002): *Interview mit Carlos Olaya*, SINALTRAINAL, Berlin (Originalabschrift)
- Cárdenas, Miguel Eduardo (1990): *El sindicalismo colombiano. Papel institucional y propuesta para un replanteamiento*, in: Herrera, Beethoven et al: *Sindicalismo en Colombia. Propuestas para un replanteamiento*, Bogotá
- Cárdenas, Miguel Eduardo (1999): *Colombia: un sindicalismo errante tantea su futuro*, in : Arango, Luz Gabriela / López, Carmen Marina: *Globalización, apertura económica y relaciones industriales en América Latina*, Bogotá
- Colombia Nunca Mas (2000): *Crímenes de lesa humanidad, Zona 14, 1966 ... Tomo I*, (vermutlich Bogotá)
- CUT (2002) : *Central Unitaria de Trabajadores de Colombia*, (<http://www.cut.org.co>)
- Delgado, Álvaro (2001): *Las nuevas relaciones de trabajo en Colombia*, in: Archila, Mauricio / Pardo, Mauricio: *Movimientos Sociales, Estado y democracia en Colombia*, Bogotá
- Dombois, Rainer (1997) : *Die Industrialisierung Kolumbiens*, in: Altmann, Werner et al.: *Kolumbien heute*, Frankfurt / Main
- Dombois, Rainer (1999): *Tendencias en las transformaciones de las relaciones laborales en América Latina. Los casos de Brasil, Colombia y México*, in : Arango, Luz Gabriela / López, Carmen Marina: *Globalización, apertura económica y relaciones industriales en América Latina*, Bogotá
- Equipo Nizkor (2002): *Asesinan sindicalista a un dirigente sindical por su participación sindical*, (<http://www.derechos.org/nizkor/colombia/doc/sinaltrainal1.html>), 7.1. 2003
- Fiscalía de la República (2002): *Dos acusados por atentado a Wilson Borja*, (<http://www.fiscalia.gov.co/pag/divulga/Bol2002/mayo/bol154.htm>)
- Giraldo, Javier (1996): *Colombia - The Genocidal Democracy*, Monroe/ Maine
- Herrera, Beethoven (1990) : *Sindicalismo sociopolítico. Nuevos rumbos del sindicalismo frente a los retos de presente en América Latina*, in: ders. et al: *Sindicalismo en Colombia. Propuestas para un replanteamiento*, Bogotá
- ILO (1998): *Informe de la Comisión de Aplicación de Normas* (<http://www.ilo.org/public/spanish/standards/relm/ilc/ilc86/com-apd3.htm>), 4. 1.2003
- ILO (2002): *derechos.humanos@trabajo*, (<http://www.ilo.org/public/spanish/region/ampro/cinterfor/temas/worker/doc/period/actr402.htm>) 4.1. 2003
- International Confederation of Free Trade Unions (2002): *Anti-union repression is still on rise worldwide*, (<http://www.icftu.org/displaydocument.asp?Index=991216167&Language=EN>)
- Sen. Kerry, John / Sen. Brown, Hank: *The BCCI Affair – A Report to the Committee on Foreign Relations, United States Senate*, December 1992, 102d Congress, 2d Session, Senate Print 102-140, bei: Federation of American Scientists, (http://www.fas.org/irp/congress/1992_rpt/bcci) 4. 1. 2003
- Klare, Michael T. (Hg.) (vermutlich 1995): *Low Intensity Warfare*, Toronto / New York
- Klare, Michael (2002): *Die Armee für das nächste Jahrhundert. Das Zeitalter der US-Hegemonie*, in: *Le Monde Diplomatique* 11/ 2002 (Beilage der WOZ), Zürich
- Kruijt, Dirk et al. (1996): *El Sindicalismo en América Latina. Evaluación sobre las Relaciones Laborales y el Sindicalismo en Colombia y el Perú*, Amsterdam

López, Carmen Marina (1999): *Formas de relaciones laborales en Colombia: diversidad y cambio*, in: Arango, Luz Gabriela / López, Carmen Marina: *Globalización, apertura económica y relaciones industriales en América Latina*, Bogota

NoticiasAliadas.Org (2001): *Sindicalistas asesinados*, (<http://www.lapress.org/Article.asp?lanCode=2&artCode=2148>)

Pérez, Luis Guillermo / Colectivo de Abogados José Alvear Restrepo (2002): *Guerra Sucia y Paramilitarismo en Colombia*, (<http://www.colectivodeabogadosjar.org/DESC/GUERRASUCIAYPARAMILITARISMOENCOL.htm>), 4. 1. 2003

Silva Romero, Marco (1998): *Flujos y reflujos – reseña histórica de la autonomía del sindicalismo colombiano*, Bogotá

SINALTRAINAL (2002): *Sindicato Nacional de Trabajadores de la Industria de Alimentos*, Bogotá, (<http://internacionalistas.solidaragon.org/cascol/sinalt/sindicato.html>) 4.1. 2003

Suárez Orjuela, Rafael Ernesto (1994): *Organización y funcionamiento de los sindicatos en Colombia*, Bogotá

United Steel Workers of America (2001): *Complaint for equitable Relief and Damages*, United States District Court, Southern District of Florida, 22. Juli 2001 (<http://www.laborrights.org/projects/corporate/coke/COKEFINComplaint.pdf>)

Uribe, María Tila (1993): *Los Años Escondidos*, Bogotá

US State Department (2002): *Panorama de Violencia* (<http://usinfo.state.gov/products/pubs/humantoll/espanol/violence.htm>) 4.1. 2003

Villanueva Martínez, Orlando et al. (1992): *Biofilo Panclasta. El eterno Prisionero*, Bogotá

Zelik, Raul (2001a): *Kolumbien – Große Geschäfte, staatlicher Terror und Aufstandsbewegung*, Köln, 3. erweiterte Auflage

Zelik, Raul (2001b): *Der Plan Colombia - Anti-Drogendiskurse und US-Hegemonialpolitik in der Andenregion*, in: *Prokla 124 – Schmutzige Geschäfte*, Berlin

Zelik, Raul (2002a): *Permanenter Ausnahmezustand in Kolumbien*, in: WOZ, 3. Mai 2002

Zelik, Raul (2002b): *Drogen, Söldner, Konzerne*, in konkret 8/2002, Hamburg

Zelik, Raul (2002c): *Interview mit Edgar Paez, Nahrungsmittelgewerkschaft SINALTRAINAL*, Labournet 7. Oktober 2002, (<http://www.labournet.de/internationales/co/cocacola/paez.html>) 4.1. 2003

Zerda Sarmiento, Álvaro (1997): *Die neoliberale Wende in Kolumbien*, in: Altmann, Werner et al.: *Kolumbien heute*, Frankfurt / Main